

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlen. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland, Rußland 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Arbeiterwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einpaatige Sonntagsbeilage 30 Pfennig, Restmeseile 5.— Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pfennig (außerdem zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Werbes über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Wohnrenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Gedruckt von 8 1/2 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 17. August 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 37 534 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wollfr. 60; Diskontogesellschaft, Postfach 1000, Berlin SW. 68.

Neuer Kampf in Genf.
Spaniens Forderung nach ständigem Sitz.

Am 27. August wird sich das Reichskabinett wahrscheinlich das sechste mal dem Beitritt des Völkerbundes mit dem Eintritt Deutschlands und mit der Zusammenfassung der deutschen Delegation befassen. Man erwartet bis dahin die offizielle Einladung zur Teilnahme an der Studientkommission für die Verteilung der Ratsitze, die (auf Antrag Spaniens) zum 30. August einberufen ist.

Die spanische Regierung hat ihre Forderung damit begründet, daß dem Rat und vorher der Kommission ein Protokoll der Kommissionsbeschlüsse vorgelegt werden müsse. Hinter dieser formellen Begründung steckt der Wunsch, vor dem Zusammentritt des Völkerbundes noch einmal einen Versuch zur Erlangung eines ständigen Sitzes für Spanien zu machen. Die Aussichten hierfür sind gering, aber es besteht die Gefahr, daß die neuen Beratungen in einem Augenblick, wo ein großer Teil der Völkerbundsdelegierten bereits in Genf versammelt ist, zu neuen Komplikationen führen, man sich auseinanderredet und vor lauter neuen Vorschlägen wieder vor einem Nichts steht. Jetzt schon machen sich vermittelnde Bemühungen geltend, die über die Kommissionsbeschlüsse vom Mai hinausgehen. Der Turnus, in dem die Inhaber der nichtständigen Sitze wechseln, soll danach von drei Jahren auf fünf Jahre verlängert und außerdem die Wledewählbarkeit Spaniens — mit Zweidrittelmehrheit — schon jetzt und nicht erst nach Ablauf der fünf Jahre ausgesprochen werden. In der Praxis würde dieser Vorschlag zweifellos dazu führen, daß auch Polen das gleiche Recht für sich in Anspruch nimmt. Auch könnte irgendein Zugeständnis über die Kommissionsbeschlüsse vom Mai hinaus andere, bisher nicht in Betracht gezeichnete Mächtegruppen ebenfalls zu neuen Forderungen veranlassen, ohne daß ein Ende abzusehen wäre.

Es wäre deshalb am besten, wenn an den Kommissionsbeschlüssen vom Mai nichts geändert wird. Der Völkerbund muß höher stehen als der Wunsch eines einzelnen Landes, dessen Erfüllung auch die neue Völkerbundsstagung scheitern lassen könnte.

Die Tel.-Union meldet, daß eine Sitzung der Reichsregierung im August nicht mehr zu erwarten sei, es wäre denn, daß die außenpolitische Entwicklung noch vor Zusammentritt der Studientkommission am 30. August eine Wendung nimmt, die sofortige Beratung und Beschlüsse der Reichsregierung als notwendig erscheinen lassen würde.

Skandinavien Stellungnahme.

Kopenhagen, 16. August. (W.T.B.) Die Nordische Interparlamentarische Delegiertenversammlung hat folgende Entschlieung angenommen: Die Versammlung spricht ihre Befriedigung über den Standpunkt aus, der während der Delegiertenversammlung des Völkerbundes im März d. J. von den nordischen Ländern in der Frage der ständigen Ratsitze eingenommen wurde. Die Auffassung der Versammlung geht dahin, daß es im Interesse des Völkerbundes ist, die Zahl der ständigen Sitze nicht über den Platz hinaus zu erhöhen, der Deutschland bei seinem Eintritt in den Völkerbund zufällt.

Mellons Besuch in Paris.

Mit Spannung erwartet.

Paris, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Der nordamerikanische Schatzsekretär Mellon ist nach den Besprechungen, die er in Rom mit Mussolini und dem Finanzminister Volpi hatte, am Sonntag in Genoa am Genfer See eingetroffen und wird für die nächsten Tage in Paris erwartet. Die Presse betont, daß diesem Besuch angesichts der gegenwärtigen Spannung zwischen Frankreich und Amerika wegen der Schuldenfrage eine außerordentliche Bedeutung beizumessen sei, da der Schatzsekretär mindestens offiziell beauftragt wäre, in Rom, Paris und Brüssel über die Schuldenfrage zu verhandeln. Er soll in Paris eingehende Besprechungen mit Poincaré und dem Gouverneur der Bank von Frankreich haben.

Dem linksstehenden Abendblatt „Paris Soir“ hat das Finanzministerium auf Anfrage mitgeteilt, daß das Datum der Ankunft Mellons noch nicht festgelegt sei, daß aber das Finanzministerium der Ankunft Mellons mit großer Spannung entgegenstehe. Die Ausführung des Poincaréschen Finanzprogramms sei — so schreibt das Blatt — bis jetzt bis auf den delikatesten Punkt, nämlich die Frankensabilisierung, soweit gelungen. Der Ministerpräsident habe sich in der letzten Zeit zu der Ansicht der Sachverständigen bekehrt, nach der eine Stabilisierung ohne Auslandskredite unmöglich sei und diese nur nach Ratifizierung der Schuldenabkommen zu erlangen seien. Dies werde aber nicht ohne Schwierigkeiten vorgenommen werden können, denn es sei bekannt, daß sogar innerhalb des Ministeriums über diesen Punkt starke Meinungsverschiedenheiten herrschen.

Kommunisten stören eine Gefallenenbestattung.

Paris, 16. August. (W.T.B.) In Franconville (Arrondissement Pontoise) kam es anfänglich der Bestattung eines von der Front

übergeführten gefallenen Soldaten zu Zusammenstößen mit Kommunisten, die sich des Sarges bemächtigten. Die Tricolore durch die rote Fahne ersetzt und den Toten zum Gemeindefriedhof trugen. Erst nach einem Handgemenge auf dem Friedhof konnte die Bestattung vor sich gehen.

Spanien verlangt Tanger.
Ablehnung in Paris.

Paris, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) General Primo de Rivera hat in einem Interview die Einverleibung Tangers in die spanische Marokkogebe verlangt. Das hat hier, besonders in den Linkstreifen, peinliches Aufsehen hervorgerufen. Man bringt diese plötzliche Forderung Spaniens mit dem kürzlich zwischen Spanien und Italien abgeschlossenen Freundschaftsvertrag in Zusammenhang. Bereits jetzt aber widerspricht die französische Presse dieser spanischen Forderung und betont, daß Frankreich nicht geneigt sei, irgendwelche Änderungen an dem internationalen Statut von Tanger vorzunehmen.

Polen und Litauen.

Außenminister Jaleski gegen Moskauer Setze.

Warschau, 16. August. (U.) Der russische Gesandte in Polen, Wolkoff, hatte eine Unterredung mit dem polnischen Außenminister Jaleski. Dieser betonte dabei, daß die Setze der russischen Presse wegen angeblicher polnischer Angriffsabsichten auf Litauen ungerechtfertigt sei. Die Konzentrierung der Truppen an der polnisch-litauischen Grenze sei nichts weiter als Armeemänschwerk; es müsse eine Besserung der polnisch-russischen Beziehungen eintreten. Dies könne durch einen Besuch Tschitscherins in Warschau geschehen.

Die Kleinkalibrigen.

Eine Umfrage des Reichsinnenministers.

Der Kleinkalibersport der rechtsradikalen Vereinigungen wächst sich täglich mehr zu einer inneren Gefahr für das Reich aus. Den Reichsinstanzen fehlt jede Kontrolle über die im Besitz der Rechtsverbände befindlichen Waffen und die Schätzungen eingeweihter Kreise weichen so stark voneinander ab, daß sie nicht einmal eine sicher erscheinende Vermutung über die tatsächliche Zahl der im Gebrauch befindlichen Kleinkaliber-Gewehre gestatten. Die einen rechnen mit 30 000, die anderen 100 000, und es gibt Leute, die weit über diese Zahl hinaus bis zu einer Million Gewehre schätzen. Die Schwierigkeiten bei diesen Schätzungen liegen zum großen Teil in der unerlaubten Einfuhr von Kleinkaliberwaffen aus dem Auslande. Es ist z. B. nur noch ein offenes Geheimnis, daß unsere „nationalen“ Organisationen von Belgien aus eifrig Waffen beziehen und sie, ohne die erforderlichen Waffenscheine zu besitzen, an ihre Angehörigen aushändigen. Infolgedessen ist selbst an Hand der Waffenscheinlisten eine genaue Schätzung der Kleinkaliberwaffen nicht möglich. Die Republik ist also in der beneidenswerten Lage, nicht einmal annähernd die Stärke ihrer Gegner zu kennen. Dieser Zustand ist unhaltbar, und wenn jetzt nicht unmittelbar eingegriffen und Ordnung geschaffen wird, ist das Reichsinneren einfach verpfändert, zur Selbsthilfe zu schreiten.

Der Reichsminister des Innern hat, wie der „Sozial-Presse-Dienst“ erfährt, an die Regierungen der Länder eine Umfrage über ihre Erfahrungen mit dem Kleinkalibersport gerichtet. Das Ergebnis dieser Enquête soll zum Anlaß von neuen reichsgesetzlichen Bestimmungen über den Kleinkalibersport genommen werden. Der Reichsminister des Innern beabsichtigt, bevor derartige Maßnahmen getroffen werden, mit den Länderregierungen persönliche Rücksprache zu nehmen. Eine entsprechende Konferenz ist vorläufig für Anfang September in Aussicht genommen.

Mittel für den Wohnungsneubau.

Preußen gibt 60 Millionen.

Die preussische Staatsregierung hat beschlossen, zur Minderung der Erwerbslosigkeit im Baugewerbe einen Kredit in Höhe von 60 Millionen M. aufzunehmen. Der Betrag soll, wie der Amtliche Preussische Presse-Dienst schreibt, zur Hergabe in Form sogenannter Hauszinssteuerhypotheken für die Schaffung neuer Wohnungen verwendet werden. Die Bewilligung der Mittel im einzelnen wird über die Gemeinden und Gemeindeverbände geschehen. Es wird damit gerechnet, daß mit Hilfe der neuen Bewilligung das diesjährige Bauprogramm in Preußen um wenigstens 12 000 Wohnungen vergrößert wird.

Staatsbejahung.

Die Deutschen Universitäten und der heutige Staat.
Von Professor Dr. S. Marck, Breslau.

Der in diesem Jahre unternommene Versuch einer Gruppe liberaler Hochschullehrer, alle Elemente an den Universitäten, die sich, aus welchen Motiven immer, zur Reichsverfassung bekennen, zusammenzufassen, ist gewiß angefangen der immer noch stark vorherrschenden Strömung an den Universitäten dankenswert. Die vorliegenden Referate der Weimarer Tagung aber zeigen seine ganze Schwierigkeit. Das erste Referat des bekannten volksparteilichen Juristen Wilhelm Kahl ist schwarzweißrot mit kleiner schwarzrotgoldener Gölch, Meinesdes Vortrag ist gemäß der Ideologie der Liberalen Vereinigung schwarzrotgold mit starker schwarzweißroter Gölch, Radbruch's schwarzrotgoldener Stellungnahme kommt durch den skeptischen Klang und die stizzenhafte Fassung seiner Ausführungen nicht sehr kraftvoll zur Geltung. Kahl ist „verfassungsmäßiger Republikaner auf dem „Boden der Tatsachen“, und die Anerkennung dessen, was ist, ist heute bei einem rechtsstehenden Politiker und Hochschullehrer gewiß gewichtiger und schwerer, als solche Haltung 1918 war und ein Zeichen von Liberalismus. Aber die Verbeugung vor den akademischen Vaterländischen Verbänden, die Trennung des Staates von der Staatsform, der tatsachenfremde Vorwurf, daß die Atmosphäre der Zwietracht auf das Konto der jungen Republik läme und die Absonderung zu republikanischen Bündeln gerade ein einheitliches Staatsbewußtsein stört, zeigt doch die ganze Kluft zwischen einem solchen Gedankengange und entschiedenem Republikanismus.

Auch bei Meinesde überwiegt vielfach die Schonung der Empfindlichkeit der tonangebenden Universitätskreise und ihrer gesellschaftlichen Macht, über das Bekenntnis zu den starken Volksträften außerhalb der Universität. Auch er will das Weimarer Zusammentreffen scharf von einem Zusammenschluß republikanischer Akademiker abgrenzen. Aber er ist der Mann des psychologischen Tatsachensinns und der klaren Selbstkritik. So spricht er von der „verkehrter politischen Mentalität“, der „professoralen Kriegsliteratur“, bei der auf ihrem Fachgebiete nüchternen Forscher „außer Rand und Band“ gerieten, so erkennt er an, daß ein Staat, wie das alte Deutsche Reich nicht mit ungefestigter populärer Basis in den Existenzkampf gehen konnte, so sieht er in der Republik den relativ größten Zusammenhang von Staat und Volk, der eigentlich auch den rechts Gerichteteten zur nationalen Demokratie befehren müßte. Aber den Bestimmungsberechtigten wird die Wendung verstimmen, man hätte 1919 die Seeflagge zur nationalen Einheitsflagge machen müssen, und dem Arbeiter wird Schwarzrotgold nicht schmachhafter gemacht, wenn es zur Beruhigung des Bürgertums gegen Rot ausgespielt und damit die Erinnerung an schwere proletarische Bruderkämpfe heraufbeschworen wird. Auch der soziale Reformwille, den Meinesde gegen einen sozialrevolutionären Republikanismus setzt, ist etwa an Births kräftigem sozialrepublikanischen Bekenntnis gemessen, auffallend dünn.

Bei Radbruch stehen manche erfrischende Deutlichkeiten, mehr aber steht zwischen den Zeilen. Nichts ist gutgläubiger, als ein Professor außerhalb seines Fachwissens, so charakterisiert er die politische Betätigung mancher Kollegen. Von seinem Skeptizismus aus, der der Universität keine nationalpolitische Aufgabe, keine Aufgabe der Führerziehung zuerkennt, bezeichnet er das von den Studenten im heutigen Gemeinwesen beanspruchte Führermandat als in breiten Kreisen lächerlich wirkend. Aber es ist doch sehr fraglich, ob Erziehung zum „heiligen Zweifel“, Schulung im Relativismus der Parteilehre im Studenten außer Skeptiz und Toleranz auch eine so entschiedene praktische Stellungnahme erzeugen werden, wie sie eine einzigartige Erscheinung wie Max Weber mit theoretischem Relativismus verbinden konnte. Andererseits fordert Radbruch auch aus theoretischen Gründen eine entschieden republikanisch orientierte Rechtswissenschaft, er hofft manches von den heute noch wenig zahlreichen Arbeiterstudenten und bekennt sich zum Schluß zum Sage des alten Lichtenberg, daß beim Uebergang einer Monarchie zur Republik jeder Stein anders behauen werden müsse, wozu freilich Zeit gehöre.

Man wird aus diesen Broben und aus den Gegenätzen innerhalb der Referate selbst gesehen haben, daß das gewiß dankenswerte Hervortreten der Bernunftrepublikaner an den Universitäten, den Kampf derer, denen die Republik Ueberzeugungslage ist, vor allem, wenn sie ihr als Sozialisten einen ganz anderen Inhalt als bisher geben wollen, in keiner Weise überflüssig machen kann. Im Gegenteil, die Fülle der Konzessionen, die bei diesen Kreisen den Todfeinden der Republik gemacht werden, zeigt die ganze Notwendigkeit dieses Kampfes. Die Erfolge

*) Die Deutschen Universitäten und der heutige Staat. Referat, erstattet auf der Weimarer Tagung deutscher Hochschullehrer am 23. und 24. April 1926 von Wilhelm Kahl, Friedrich Meinesde, Gustav Radbruch, 1926 J. C. B. Mohr.

eines solchen entschiedenen und kompromißlosen republikanischen Bekenntnisses bei manchen studentischen Bahnen der letzten Zeit, die Rührigkeit der kleinen Opposition auf dem letzten Studententage, haben die Notwendigkeit dieser Taktik, die mehr als bloße Taktik ist, ebenfalls bestätigt. Mit einer verwachsenen Staatsbejahung, die am Ende noch zwischen Staatsform und Staat überhaupt unterscheidet, ist dem entschiedenen republikanischen Akademiker nicht gedient. Dem rücksichtslosen Rechtsradikalismus an den Universitäten muß ein völlig selbständiger und entschlossener republikanischer Wille entgegengestellt werden. Der sozialistische Akademiker vollends, der den zukünftig auf der Tagesordnung stehenden Problemen internationalen und sozialen Inhalts entgegensteht, hinter denen Verfassungsfragen der europäischen Einzelstaaten zurücktreten müssen, kann mit jenem National-liberalismus oder Nationaldemokratismus wenig anfangen. Freilich weiß er, daß in jenen kommenden Kämpfen das Akademikertum zwar keine völlig belanglose, aber keine ausschlaggebende Rolle spielen wird, daß auch gewaltige geistige Probleme, die damit auftauchen, von aufsteigenden Kräften außerhalb der Universitäten, und wenn es sein muß, gegen die heutige Universität zur Lösung kommen werden.

Die große Rechte.

Volksparteiische Beklemmungen.

Die Parole des Aufrufs G. J. J. J. findet bei der Rechten immer noch starken Widerhall. Ein Landesparteitag der Deutschen Nationalen Volkspartei für den Wahlkreis Hannover-Ost hat jetzt wieder eine Entschließung angenommen, in der „angesichts der fortschreitenden Volkswirtschaft (!) des öffentlichen Lebens“ auf Grund dieses Aufrufes die Bildung einer „großen Rechten“ gefordert wird. Interessanter als diese geistreiche Resolution ist der Kommentar der „Täglichen Rundschau“. Sie schreibt dazu:

„Daß der hier als Ziel bezeichnete Zusammenschluß sehr wünschenswert wäre, brauchen wir kaum noch einmal zu betonen. Aber es zeigt sich auch hier wieder, daß für die notwendige Grundlage dieser Politik nicht mit genügender Klarheit gearbeitet wird. Welches sind die tragenden Grundzüge deutsch-nationaler Politik, die nicht preisgegeben werden sollen? Sind es dieselben, die die Deutsche Nationalen Volkspartei in eine scharfe Opposition gegen eine Regierung getrieben haben, die bereit war, das Schwergewicht der Politik nach rechts zu verlegen, die aber in der Außenpolitik den wirklichen Verhältnissen Rechnung tragen mußte? Sind es dieselben Grundzüge, die dahin führen, daß man praktische Erregungszustände preisgibt und erbitterten Gegnern zu Triumphen verhilft, nur um von theoretischen Bekenntnissen nichts aufgeben zu müssen? Wir sehen vorläufig noch nichts von den Anfängen zu einer praktischen Zusammenarbeit, die die Erreichung eines gemeinsamen Ziels über die unbedingte Rechthaberei in der Wahl der einzelnen Mittel und Wege stellt. Sollten wir uns darin irren, so werden wir die Anzeichen dafür um so freudiger begrüßen.“

Die deutsch-nationale Resolution sprach die Zuversicht aus, daß die „tragenden Grundzüge deutsch-nationaler Politik nicht preisgegeben“ werden möchten. Die Volksparteiische „Tägliche Rundschau“ verlangt gerade das Gegenteil. Man sieht noch nicht recht, wie bei solch auseinanderstrebenden Tendenzen die große Rechte zustande kommen soll.

Probleme des Eisenpakt.

England, Amerika und der internationale Eisenpakt.

Die Verhandlungen zur Bildung eines kontinentalen Eisenpaktes, die nach den letzten Berichten nunmehr kurz vor dem Abschluß stehen, sind besonders von England, das sich an diesen Verhandlungen nicht aktiv beteiligt hat, mit großem Interesse verfolgt worden.

Wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ aus diplomatischen Kreisen erfährt, gedenkt die englische Schwerindustrie weder den internationalen Stahltrust zu bekämpfen, noch vorläufig Schritte zu unternehmen, sich daran zu beteiligen. Solange der internationale Trust seine Tätigkeit auf rein europäisches Gebiet beschränkt und englische Ueberseemärkte nicht gefährdet, wird sich die englische Industrie dem Trust gegenüber passiv verhalten. Sobald jedoch englische Märkte für die englische Industrie unsicher gemacht werden, wird diese den Versuch machen, sich an dem Trust zu beteiligen, um eine Einteilung des Weltmarktes zu sichern.

Man glaubt nicht in englischen Stahlkreisen, daß Amerika durch den Trust gefährdet oder diesen bekämpfen wird, da amerikanisches Kapital so stark an dem deutschen Stahltrust beteiligt ist. Eine Gefahr für die amerikanische Stahlindustrie würde nur dann bestehen, wenn England sich auch an dem internationalen Trust beteiligen sollte. In diesem Falle wäre ein Weltkrieg der Schwerindustrie zwischen Europa und Amerika mit Preisschnitten und allen anderen Begleitererscheinungen unbedingte zu erwarten.

Heute Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Paris, 16. August. (M.T.B.) Zu der Nachricht der Brüsseler „Derniere heure“ über den bevorstehenden Abbruch der Pariser Verhandlungen über die Bildung eines Stahltrusts verlautet, daß tatsächlich Schwierigkeiten bestehen, die auf die Forderungen der französischen und besonders der belgischen Vertreter nach Hinaussetzung der ihnen zugewiesenen Kontingente zurückzuführen sind. Diese Kontingente sollen nach französischen Angaben bei den letzten Unterhandlungen für Deutschland auf 43 Proz., für Frankreich auf 37 Proz. und für Belgien auf 12 Proz. festgesetzt worden sein, während die restlichen 8 Proz. Polen, der Tschechoslowakei und Oesterreich vorbehalten seien.

In Frankreich hoffte man, noch im Laufe des Septembers zu einer Einigung zu gelangen, während die Widerstände Belgiens ernstlicher Natur seien, ohne daß man allerdings von einem Abbruch der Verhandlungen zu sprechen brauche.

Wie französischerseits verlautet, sollen bereits morgen (also Dienstag, die Red.) die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Jedenfalls steht fest, daß zwischen den deutschen und luxemburgischen Vertretern eine restlose Verständigung erzielt worden ist.

Kamenews Amtsenthebung.

Auch Bjataoff beurlaubt.

Aus Moskau wird jetzt die seit langem angefündigte Amtsenthebung Kamenews von seinem Posten als Volkskommissar für Außen- und Innenhandel gemeldet. An seine Stelle tritt ein der weiteren Öffentlichkeit bisher unbekannter Mann aus den engeren Kreisen Stalins, Mikojan. Er ist wie Stalin Kaufmann und war zuletzt Sekretär des Nordkaukasischen Komitees der Kommunistischen Partei. Auf der letzten Vollversammlung des Zentralkomitees, die zur Absetzung Sinowjews führte, wurde er zum Stellvertreter des Mitglied des Politischen Bureaus gewählt. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß Bjataoff, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrats, auf zwei Monate in Urlaub ist. Er wird zweifellos auf seinen Posten nicht zurückkehren und ebenso wie Sinowjew und Kamenew endgültig aus allen maßgebenden Staatsstellen ausgeschleudert.

Damit ist die Opposition in der Kommunistischen Partei Russlands, soweit sie sich bemüht hatte, organisatorisch hervorzutreten, vollständig enthaupet. Während der Debatten des 14. Parteitagess erklärte Stalin noch, daß niemand im Zentralkomitee an irgendwelche Maßregelungen denke. Das war kaum ausgesprochen, da fuhren schon alle Größen der offiziellen Parteimehrheit nach Leningrad und stützten die Leningrader Organisation um. Alles was nicht unbedingt „zuverlässig“ war, wurde ausgeschleudert. Nachdem Sinowjew die organisatorische Basis in Leningrad genommen war, folgte er selber. Stalin hat also zweifellos die

Abicht, rücksichtslos durchzugreifen und jeden Widerstand gegen seine Diktatur im Keime zu ersticken. Die Opposition wird damit nicht verschwinden, aber sie wird aus der offiziellen kommunistischen Partei herausgedrängt, sie wird zur Illegalität verurteilt. Die offizielle kommunistische Partei Russlands verschiebt immer deutlicher ihre soziale Basis. Sie wird die Partei des Bauerntums und der Rep.-Bourgeoisie. Für einige Zeit wird wieder Ruhe sein, bis spätestens auf dem nächsten Parteitag neue Konflikte zum Ausbruch kommen, die den Prozeß der Abstoßung der kommunistischen Elemente und der weiteren Rechtsorientierung der R.P.K. beschleunigen werden.

Kriegsopfer und Ehrenhain.

Erst ausreichende Versorgung, dann Ehrenmal!

Bei der bisherigen Erörterung der Frage der Schaffung eines Reichsehrenmals für die im Weltkrieg Gefallenen sind, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mittel, die Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Organisationen nicht beteiligt worden. Erst am 10. August hatten sie Gelegenheit, in einer Sitzung, die beim Herrn Reichskunstwart stattgefunden hat, ihre Auffassung zu äußern. Mit Bezug auf diese Besprechung halten sie es für ihre Pflicht, nochmals auf das eindringlichste zu betonen, daß sie die beste Ehrung der Gefallenen in einer ausreichenden Versorgung der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen sehen. Daß die Versorgung bis jetzt, im achten Jahre nach Kriegsende, nicht den Erfordernissen entspricht, hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 1. Juli 1926 durch eine mit großer Mehrheit gefaßte Entschließung ausdrücklich anerkannt (Druckfachen des Reichstages Nr. 2509 und Stenographischer Bericht der 222. Sitzung).

In einer Eingabe an den Reichspräsidenten, den Reichsminister des Innern und den Präsidenten des Reichstages heißt es weiter: Bevor an die Errichtung eines Ehrenmals herangegangen wird, müßte erst die brennende Frage der Versorgung in befriedigender Form geregelt werden. Die Organisationen geben sich der bestimmten Erwartung hin, daß dies umgehend, spätestens aber im Zusammenhang mit der Aufstellung des Voranschlags des Reichshaushalts für das kommende Rechnungsjahr, geschieht.

Bei Erfüllung dieser Voraussetzungen würden die Organisationen die äußere Ehrung der Gefallenen in Form eines würdigen Ehrenmals unterstützen. Die äußere Ehrung der Gefallenen müßte nach der einmütigen Auffassung der Verbände auch in Form von Zweckbauten zum Ausdruck kommen. Solche Zweckbauten (Erholungsheime, Unterhaltungshäuser für Sieche) könnten im Zusammenhang mit einem Ehrenhain errichtet werden. Die Verbände sind dabei der Auffassung, daß hier ein Weg gegangen werden muß, der ohne Anwendung erheblicher Mittel zum Ziele führt. Deshalb unterstützen sie auf das nachdrücklichste den Plan der Schaffung eines Ehrenmals bei Berk a in Thüringen. Die für die Errichtung eines Ehrenmals notwendigen Kosten müßten vom Reich und von den Ländern aufgebracht werden. Die Vornahme einer öffentlichen Sammlung wird von den Organisationen entschieden abgelehnt.

Diese Eingabe ist unterzeichnet vom Bund erblindeter Krieger, vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw. und vom Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigter.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat am Montag dem Reichskanzler in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Organisation der republikanischen Frontkämpfer für den Bau eines Reichsehrenmals an Berk a festhält.

Die Reichsregierung wird, wie der „Soz. Pressedienst“ erfährt, in Anbetracht der Streitigkeiten über den Platz für das Reichsehrenmal auch in der nächsten Zeit noch keinen endgültigen Beschluß fassen. In Regierungskreisen vertritt man jetzt vielmehr die Auffassung, daß die Länder von sich aus die Initiative zum Bau des Ehrenmals ergreifen sollen. Dabei können die Mitteilungen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten ihm wertvolle Fingerzeige geben.

Ein Held von heute.

Von Max Hochdorf.

Der Proletarier verachtet sein Blut. Pariser Blätter haben erzählt, daß eine Dame zu viel Geld bekommen ist, indem sie an alte und gebrechliche, aber mit einem guten Scheckbuch gesegnete Leute ihr Blut spendete. Sie wurde außerordentlich gut dafür bezahlt, daß sie ihre Patienten noch für einige Zeit vom Jenferis rettete, und die tüchtige Frau rühmte sich dessen, daß sie die schwere Zeit durch ihren Blutzoll spielend überstände. Nun ist auch dieses Gewerbe des Blutschenkens durchaus nicht einträglich für jene, die den armen Greis oder die notdürftig vegetierende Greisin mit neuer Lebenskraft beschenken wollen. Auch der schon über eine stattliche Anzahl von Fachleuten verfügende Stand der Blutspender wurde, wie das heute so kommt, langsam proletarisiert. Und der beste, der freigebigste und zum Opfer bereiteste unter diesen proletarischen Blutspendern ist der Pariser Wirtshauskaffeehaus Leopold Briez, von dessen Menschenfreundlichkeit und himmlischer Güte die Zeitungen voll sind.

Briez verdient sich sein kärgliches Brot, indem er auf seinem bescheidenen Posten ausharrt. Dann aber verschwendet er den Ueberfluß, den ihm die Natur bescherte, an alle Bedürftigen, die schwächer sind als er selber. Er weigert sich direkt, für Leute mit diesem Portemonnaie, die ihn reichlich entschonen würden, sein Blut herzugeben. Briez, der bescheidene Held, denkt und blutet nur für die Bewohner und Bewohnerinnen der Armenhäuser, die entkräftet in die Hospitäler eingeliefert werden. Jetzt hat er schon an die hundertmal dieses Werk der Nächstenliebe getan. Nicht einmal der Nachschlaf wird ihm immer gegönnt. Er hat verlangt, daß er gerufen wird, wenn die Not am höchsten ist. Und man holte ihn, wie er es wünschte. So geschah es, daß er in einer Nacht drei arme Leute vor der letzten Katastrophe bewahren mußte, und er stellte sich ohne Jögern zur Verfügung. Dann war er selbst auch ein wenig mitgenommen. Doch die frohende Natur unterstützte ihn, und er konnte sich des Erfolges freuen, in dessen Dienst es sich gestellt hatte.

Steht man diesen tapferen Mann, diesen Sohn des Volkes, im Bilde, dann glaubt man nicht, daß er neben seinem Hauptgeschäfte noch ein so wenig nährhaftes und ein so sehr menschenfreundliches Gewerbe betreibt. Er ist rundlich anzusehen, er ist durchaus nicht abgemagert, er gleicht durchaus einem behaglichen Dorfparfleur, der es sich tagtäglich bei einem knulprigen Braten und gutem Rotwein wohl sein läßt. Doch nein, Leopold Briez ist kein Parfleur, er ist ein mähriger Mann, der gar nichts Besonderes tut, um den Reichtum seines gesunden Blutes mit Ueberkraft zu erfüllen. Trotzdem wurde ihm alles von der Natur gegeben, was er braucht, um mit seiner Güte zu wahren. Letztens wollten die spleenigen Amerikaner, die schon etwas bleichsüchtig sind und einen so robusten Mann sehr gut in ihren Spitälern brauchen können, Leopold Briez über den Ozean

holen. Sie boten ihm gleich 20 000 Dollar bar auf den Tisch. Doch Briez schlug ab. Und warum? Er hat es selbst erzählt. Seine leibliche Mutter braucht das Blut ihres Sohnes. Damit die alte Mutter nicht eingeht, muß der Sohn sie mit seinem eigenen Blute ernähren. So darf er zurückgeben, was ihm einst gespendet wurde, als er selber Schutz und Beistand gebrauchte. Und nun weicht er sich vor allem diesem Kindesdienst, damit die Mutter ihm noch lange erhalten bleibt. Er verschmäht die Dollars. Er bleibt der bescheidene Wirtshauskaffeehaus und lächelt nur weise und voll Würdigkeit, wenn überklug Leute ihm vorwerfen, daß er eigentlich ein Rarr ist.

Zwei Heine-Denkmal.

Hamburg ist seit Jahren der Aufbewahrungsort zweier Heine-Denkmal, die beide eine schicksalsreiche Geschichte hinter sich haben. Im Durchgang des Barthofes, eines großen Kontorhauses in der Nähe des Hauptbahnhofes, stand unter einem gründemalten Holzverschlag ein Heine-Denkmal, das Julius Campe 1909 dem Hamburger Senat zur öffentlichen Aufstellung angeboten hatte. In der Kunsthalle befand sich ebenfalls seit Jahren ein von Hugo Lederer geschaffenes Heine-Denkmal. Beide Erinnerungszeichen erblickten jetzt das Licht der Öffentlichkeit, und zwar hat das Denkmal von Lederer bereits im Stadtpark Aufstellung gefunden. Das andere Denkmal ist vom Altonaer Magistrat übernommen worden. Man hat es bereits vom Barthof in Hamburg nach Altona gebracht, wo es im Donnerstags Park Aufstellung finden soll.

Am interessantesten ist die Geschichte des sogenannten Campe'schen Denkmal. Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, die eine große Verehrerin Heines war, hatte sich das Denkmal für ihr Schloß auf Rarju herstellen lassen. Nach der Ermordung der Kaiserin Elisabeth übernahm Kaiser Wilhelm II. das Schloß. Das Denkmal wurde entfernt. Ein Nachkomme des Hamburger Heine-Verlegers Campe, Julius Campe, kaufte das Denkmal und stellte es dem Hamburger Senat zur Verfügung. Damals entspann sich ein lebhafter Presse-kampf um das Denkmal, da der Senat das Geschenk ablehnte.

Julius Campe stellte darauf das Heine-Denkmal in dem Durchgang des Barthofes auf. Jugendliche Attentäter verunstalteten das Denkmal durch rote Farbe. Darauf erfolgten Gegendemonstrationen. Da die Polizei eingriff, gab es wieder lebhaftes Auseinandergehen. Schließlich baute man um das ganze Denkmal einen Holzverschlag, so daß es jahrelang völlig unsichtbar wurde. Durch den Beschluß des Altonaer Magistrats ist es jetzt der Vergessenheit entrückt.

Im Jahre 1909 hatte im Namen des Berliner und des Hamburger Komitees für Errichtung eines Heine-Denkmal in Hamburg Alfred Keer ein telegraphisches Ersuchen an den Hamburger Senat gerichtet, für ein Heine-Denkmal einen Platz zu bewilligen. Der Senat erwiderte unter dem 18. Oktober 1909, daß er einen Platz bewilligen würde, wenn von den Vereinigten Berliner und Hamburger Komitees ein hervorragendes und geeignetes Kunstwerk angeboten würde und keine Aufstellung gesichert erscheine. Es waren auch bereits 45 000 Mark an Mitteln vorhanden. Da brach der Krieg aus und verhinderte die Aufstellung. Lederers Werk wurde in die Kunsthalle gebracht. 12 Jahre mußte es dort warten, bis es öffentlich Zeugnis ablegen durfte für H. Heine.

Grammophon statt Fräulein vom Amt. Es ist in allen Ländern dasselbe Gend: die Telephonverwaltung bittet die Fernsprechbenutzer immer wieder, die neuen Anrufnummern der Teilnehmer im Telephonbuch nachzuschlagen, aber niemand tut es. Das Fräulein vom Amt ist ständig überlastet, dennoch muß sie stets dieselbe langatmige Erklärung abgeben, daß der Anruf geändert sei. Zwei neue Pariser Telephonämter haben da eine bemerkenswerte Neuerung zur Entlastung ihres Personals eingeführt. Berlangt ein Fernsprechbenutzer eine nicht mehr bestehende Nummer, so hört er ein knackendes Geräusch und einen Augenblick darauf eine bemerkenswert lebenswürdige Stimme, die äußerst höflich erklärt: „Würden Sie, bitte, im neuen Fernsprechbuch nachschlagen, die Nummer Ihres Teilnehmers hat sich geändert. Würden Sie, bitte, im neuen . . .“ Stopp, Schweigen. Man ist nämlich mit einem kleinen Raum verbunden gewesen, in dem von 7 Uhr morgens bis 11 Uhr abends ein Grammophon unaufhörlich diese Worte wiederholt. Wann endlich wird diese praktische Erfindung auch im Privatleben angewandt werden? Jeder, der von der Reise zurückkehrt, würde aufatmen, könnte er eine Grammophonplatte in sein Telephon sprechen lassen: „Ja, es war schlechtes Wetter, auch mich haben die Rücken gestochen“ usw. usw.

Die Fahrt der modernen Wikinger. Mit der Leistung des Wikingers Vei Grifson, der vor 900 Jahren die nordamerikanischen Küste erreicht haben soll, weitestferne der norwegische Kapitän Gerhard Folgerd, der auf einem kleinen, nach dem Modell eines Wikinger-Schiffes gebauten Segelboot den Atlantischen Ozean überquerte. Das Schiff, das 42 Fuß lang und 6 Fuß tief ist und den Namen „Vei Grifson“ führt, wurde in Bergen erbaut, und der moderne Wikinger legte mit drei Gefährten auf der Route über Island, die die alten Nordmänner eingeschlagen haben sollen. Nach einer Fahrt von 60 Tagen erreichte er St. Johns und hat im ganzen 6400 englische Meilen zurückgelegt. Das Schiff geriet in schwere Gefahr in einem Orkan in der Höhe von Labrador und kam später zwischen Padeis, durch das das kleine Fahrzeug beinahe zermalmt worden wäre.

Die Forschungen über die Bewegung der Kontinente. Am 1. Oktober werden die großen internationalen Vermessungsarbeiten beginnen, die zur Nachprüfung der Frage dienen sollen, ob die Kontinente in ihrer Lage zueinander bzw. zu den Meeren sich bewegen. Zwanzig Länder, darunter die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Belgien, Spanien, Australien, Japan, China und Indien werden an den Arbeiten teilnehmen. Die Messungen werden mit größter Genauigkeit gemacht. Zur Sicherung genauer Zeitangaben werden die Resultate der einzelnen Beobachtungsstationen funktelegraphisch übermittelt.

Eine deutsche Seelandsausgabe Josef Conrads. Von dem unlängst verstorbenen englischen Romanautor Josef Conrad, der von Geburt Pole, zu den gelehrten Autoren des anglo-amerikanischen Sprachgebietes gehört, wird im S. Fischer-Verlag eine deutsche Seelandsausgabe vorbereitet. Sie soll etwa 10 Bände umfassen.

Ein Opfer seiner Forschungen. In der Nacht auf Montag starb in London Dr. Hall Edwards, der auf dem Gebiet der Erforschung der X-Strahlen bahnbrechend tätig war und bei seinen wissenschaftlichen Forschungen den linken Arm und später auch vier Finger der rechten Hand eingebüßt hatte.

Der Arbeiter im russischen Kommunismus.

Zur Soziologie der russischen Parteikrise.

Die russische kommunistische Partei führt eine laufende Statistik ihrer Mitglieder, die einen gewissen Einblick in die soziale Struktur der Partei gewährt. Die Ergebnisse dieser Statistik sind im allgemeinen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, doch werden sie zuweilen in der Presse erörtert. So bringt die Zeitschrift „Bolschewik“ (1926, Nr. 12) einen Artikel des Leiters der statistischen Abteilung der kommunistischen Parteizentrale, E. Smitten, „Ueber die Ergebnisse der Regelung des Parteiwachstums“, in dem eine Reihe neuester Angaben der Parteistatistik mitgeteilt wird.

Am 1. Januar 1926 zählte die Partei 1 002 500 Mitglieder, darunter 58,1 Proz Arbeiter, 24,6 Proz Bauern und 17,3 Proz Angestellte u. a. Bei dieser Gruppierung werden jedoch zu den Arbeitern (resp. Bauern) auch alle Staats-, Partei-, Gewerkschaftsbeamten usw. gezählt, die früher als Arbeiter (resp. Bauern) tätig waren. Wenn man aber nicht den früheren, sondern den gegenwärtigen d. h. den tatsächlichen Beruf der Parteimitglieder berücksichtigt, so erhalten wir folgendes Bild: Arbeiter (Landarbeiter miteingeschlossen) 42,0 Proz, Bauern 11,4 Proz, Angestellte u. a. 46,6 Proz. Die Arbeiter bilden somit weniger als die Hälfte der Partei, die als Trägerin der proletarischen Diktatur gelten will.

Die Gesamtzahl der kommunistischen Arbeiter (d. h. der tatsächlichen Arbeiter) in den Industriebetrieben hat am 1. Januar 1926 die Höhe von 267 000 oder 14,4 Proz aller Industriearbeiter erreicht. In den einzelnen Industriezweigen war diese Zahl sehr verschieden: von 8,7 Proz bei den Textilarbeitern steigt sie bis 23,4 Proz im graphischen Gewerbe. Bezeichnend ist, daß der Prozentsatz der Kommunisten mit der Größe der Betriebe abnimmt: von 27,2 Proz in den Fabrikbetrieben mit einer Belegschaft von weniger als 200 Arbeitern sinkt dieser Satz bis zu 13,1 Proz in den Betrieben mit 500 bis 2000 Arbeitern und bis zu 8,7 Proz in den Riesenbetrieben mit mehr als 5000 Arbeitern. Je größer der Betrieb, desto geringer ist im Verhältnis die Zahl der zu besetzenden Verwaltungsposten, und desto geringer ist im Verhältnis auch die Zahl der Kommunisten. Derselbe Erscheinung läßt sich in den Betrieben des Verkehrswesens beobachten: in den Betrieben mit weniger als 200 Arbeitern zählte man 39,7 Proz Kommunisten, bei 201 bis 500 Arbeitern 27,8 Proz, bei 501 bis 2000 Arbeitern 19,5 Proz, darüber hinaus 13,9 Proz.

Die Mitgliederbewegung im Jahre 1925 verdient eine ganz besondere Beachtung. Sie zeigt in der zweiten Hälfte des Jahres eine auffallende Verschiebung zugunsten der Bauern und Beamtenschaft auf Kosten der Arbeiterschaft. So bildeten unter den neu aufgenommenen „Kandidaten“ der Partei die Arbeiter in der ersten Jahreshälfte 57,8 Proz, in der zweiten 40,1 Proz, die Bauern entsprechend 11,5 und 22,1 Proz, die Angestellten 20,0 und 23,6 Proz. Die Zahl der Industrie- und Verkehrsarbeiter in der Partei ist vom 1. Juli 1925 bis zum 1. Januar 1926 um 6,8 Proz, die der Bauern um 34,2 Proz, die der Angestellten und der staatlichen Beamten um 13,2 Proz gestiegen. Noch bezeichnender sind die absoluten Zahlen des Zuwachses im Laufe des Halbjahres: bei den Industrie- und Verkehrsarbeitern 260 000, bei den Bauern 29 200, bei den Angestellten 42 200.

E. Smitten weist mit Bedauern auf die Tatsache hin, daß die Beamten viel leichter in die Partei aufgenommen werden als die Arbeiter und Bauern. So wurden im Laufe des Jahres von den Angestellten 78,3 Proz, von den Industrie- und Verkehrsarbeitern 66,0 Proz, von den Bauern 30,5 Proz, und von den Landarbeitern nur 23,6 Proz aller Bewerber aufgenommen.

Die Zahl der aus der Partei ausgestiegenen und ausgeschlossen Mitglieder mag an sich nicht sehr bedeutend sein, zeigt aber direkt entgegengesetzte Tendenz: die Zahl der Arbeiter ist hierbei in ständigem Wachsen begriffen. So sind im Jahre 1924 1,4 Proz, im Jahre 1925 2,2 Proz der Arbeiter aus der Partei ausgestiegen; der Prozentsatz der ausgeschlossenen Arbeiter hat sich entsprechend von 0,1 Proz auf 1,2 Proz (1) erhöht. Die entsprechenden Zahlen für die Angestelltengruppe werden nicht mitgeteilt. Was die Bauern anbetrifft, so wird ausdrücklich hervorgehoben, daß ihr Austritt resp. Ausschluss aus der Partei verhältnismäßig niedrigere Zahlen als bei der Arbeitergruppe aufweist.

Diese Zahlen werfen ein grelles Licht auf die sozialen Umwälzungen, die in der kommunistischen Partei zutage treten und die auch in der letzten Parteikrise zum Ausdruck gekommen sind.

Amtsblatt gegen Kultusministerium.

Die Verfassungsfeier eines amtlichen Kreisblattes.

Das „Greisenberger Kreisblatt“, Amtsblatt des Kreises Greisenberg in Pommern, das nach dem Volkstentseid die Ditschasten, die sich der Abstammung fernhielten, lobend hervorhob, brachte am Tage der Verfassungsfeier folgende Betrachtung:

Die Beflaggung der Schulen eine ungeheuerliche Forderung! Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Becker hat auf Grund eines Landtagsbeschlusses durch Erlass vom 30. Juni d. J. angeordnet, daß die öffentlichen Schulen die Reichsflagge zu beschaffen haben. Diese Anordnung ist ungesetzlich und unwirksam. Das Schulgebäude ist nicht Eigentum des Staates, sondern der Schulgemeinden. Alle außerhalb der Schulaufgaben liegenden Anwendungen, Neuanschaffungen oder Veränderungen können daher mit Recht vom Schulvorstande abgelehnt werden. Da die alte Reichsflagge nicht zu dem gesetzlich vorgeschriebenen Inventar der Schulen gehörte, so gilt dies auch für die neue Flagge; denn die Flagge kann inzwischen nicht zu einem aus pädagogischen Gründen notwendigen Anschaffungs-, Behr- und Vermittel geworden sein. Der Minister hat also aus parteipolitischen Gründen eine Verfügung erlassen, deren Durchführung er im Verwaltungsstreitverfahren niemals durchsetzen wird. Die Schulvorstände können getrost die Beschaffung ablehnen. Es ist höchst bedauerlich, daß der Minister durch diesen Erlass die Landesherrn in eine schwierige Stellung gebracht hat. Es darf ihnen, da sie kraft ihres Amtes Anordnungen übergeordneter Stellen nachkommen müssen, wegen ihrer einmaligen Stellungnahme kein Vorwurf gemacht werden. In den meisten Fällen werden sie durch Stimmenthaltung das Richtige treffen. Bedauerlich ist auch, daß für einen unnötigen Zweck über eine Million Mark vergeudet werden soll, während Zehntausende von Jungleuten abseits von der Schule in bitterster Not leben. Es ist aus allen diesen Gründen wünschenswert, daß die Durchführung dieser ungesetzlichen Anordnung an dem festen Willen der großen Mehrheit der Schulverbände scheitert.

So heißt dieses „Amtsblatt“ gegen die Reichsflagge und gegen die Anordnungen der preussischen Regierung. Das ist das einzige, was es zum Verfassungstage zu sagen hat!

Der Kampf ums Burgenland.

Zum fünfjährigen Geburtstag.

Aus dem deutschösterreichischen Bundesgebiet Burgenland, das den anderen Bundesländern rechtlich gleichsteht, schreibt man dem „Vorwärts“:

Am 29. August 1921 sollte die Uebernahme des Burgenlandes durch die Republik Deutschösterreich erfolgen. Der Vertrag von St. Germain hatte Oesterreich einen Teil der deutschen Gebiete Westungarns zugesprochen, und der Vertrag von Trianon hatte Ungarn verpflichtet, der Entente dieses Gebiet zur Uebergabe an Oesterreich abzutreten. Ungarn machte aber allerlei Ausflüchte, es stellte wirtschaftliche Kompensationen in Aussicht, wenn Oesterreich auf das ihm zugesprochene Gebiet verzichtete. Der österreichische Nationalrat beschloß aber, auf der Uebergabe des Landes aus nationalen Gründen zu beharren.

Die interalliierte Generalkommission in Oedenburg, die vom 23. August bis zum 6. September das abzutretende Gebiet vermittelte und die Verantwortung für die Uebergabe übernommen hatte, setzte fest, daß das Land am 28. und 29. August von der ungarischen Gendarmerie zu räumen sei. Für die Uebergabe an Oesterreich war der 29. August bestimmt.

Da es bekannt geworden war, daß Ungarn das Burgenland nicht ohne Widerstand hergeben wollte, hatte Oesterreich die Absicht, die Besetzung des Landes durch das Bundesheer vorzunehmen zu lassen. Die Generalkommission untersagte dies aber und ordnete an, daß Gendarmerie unter Führung von Ententeoffizieren das Land übernehmen soll. Für die Besetzung hatten die Ententeoffiziere das Land in zwei Zonen eingeteilt. In der ersten Zone sich Widerstand von Banden fühlbar machte, die, wie einwandfrei festgestellt ist, aus Innerungarn gekommen waren, weigerte sich Ungarn, die zweite Zone zu räumen.

Und nun setzte der Bandenkrieg ein, der sogar a l l österreichisches Gebiet bedrohte.

Dieser Kleinkrieg kostete Oesterreich — abgesehen von den materiellen Opfern — das Leben von 10 Gendarmen und 40 Wehrmännern; 18 Gendarmen und 66 Wehrmänner wurden schwer verletzt.

Nach einem aufreibenden Kleinkampfe von 12 Tagen wurde die Gendarmerie am 8. September mit Zustimmung der Generalkommission zurückgezogen.

Inzwischen hatte die ungarische Regierung ihre Bemühungen, einen Teil des Burgenlandes, namentlich aber die Hauptstadt Oedenburg zu behalten, nicht ohne Erfolg fortgesetzt. Am 2. Oktober beschloß die Völkerversammlung der Entente in Paris auf Vorschlag Italiens, die Regierungen von Wien und Budapest zur Entsendung von Bevollmächtigten nach Venedig einzuladen, wo unter dem Vorsitzenden des italienischen Außenministers Toretta ein Uebereinkommen geschlossen werden sollte. So wurde

am 13. Oktober das Protokoll von Venedig unterzeichnet, in welchem Ungarn sich verpflichtete, die Räumung des strittigen Gebietes von den Banden durchzuführen, während Oesterreich seine Zustimmung dazu gab, daß unter Leitung der interalliierten Generalkommission acht Tage nach der Befriedung des Landes in Oedenburg und acht Umgebungsgemeinden eine Volksabstimmung über deren staatliche Zugehörigkeit stattfinden solle.

Der in diese Zeit fallende Putschversuch des Königs Karl verzögerte die Säuberung des Landes von den Banden. Erst einige Zeit später wurde das Gebiet freigemacht, und am 4. Dezember war die Uebernahme planmäßig und ohne Zwischenfall durchgeführt.

Die Völkerverversammlung setzte die Volksabstimmung auf den 14. Dezember an. Da aber trotz des Versprechens der Völkerverversammlung, die Freiheit und Unparteilichkeit der Abstimmung zu gewährleisten, und entgegen der Bestimmung des Venediger Protokolls die Verwaltung der fraglichen Gebiete durch die Generalkommission vorlag, Ungarn noch immer die Staatshoheit ausübte, erklärte die österreichische Regierung, sie würde sich an einer Abstimmungskommission nicht beteiligen. Die Völkerverversammlung ermächtigte daraufhin die Generalkommission, die Volksabstimmung auf den 18. Dezember zu verschieben, um bis dorthin wenigstens die mangelhaften Stimmlisten in Ordnung zu bringen. Da die Generalkommission trotzdem die Abstimmung in Oedenburg für den 14. und in den Umgebungsgemeinden für den 16. Dezember anordnete, zog Oesterreich seine Abstimmungskommissare zurück und beteiligte sich amtlich nicht an der Abstimmung. Trotz des Druckes der ungarischen Terrorbanden und trotz der

ganz offiziell gefälschten Helmschneide, die neue Oedenburger Bürger erzeugten,

fiel die Abstimmung nicht so aus, wie sie Ungarn erhofft hatte. 35 Proz. der abgegebenen Stimmen fielen in Oedenburg Oesterreich zu, in den Umgebungsgemeinden aber erhielt Oesterreich 65 Proz.! Es ist kein Zweifel, daß bei gerechter Abstimmung, richtigen Stimmlisten und bei Ausschaltung des Terrors des ungarischen Militärs und der Gendarmerie, die, wie gesagt, im Abstimmungsgebiet verblieben waren, Oesterreich auch in Oedenburg die Mehrheit bekommen hätte. So ist denn Oedenburg bei Ungarn geblieben. Nicht zu seinem Vorteil! Heute ist Oedenburg eine dahinwinkende Stadt, und eine neue Abstimmung würde jetzt ganz anders ausfallen.

In dem Gebiete, das Oesterreich zuziel, hat der Anschluss an das deutsche Brudervolk überall nur Genugtuung und Freude ausgelöst. Man sahte allenthalben diesen Anschluss nur als Symbol auf für jenen größeren Anschluss, den alle ersehnen, heute mehr als ehedem, den Anschluss an Deutschland.

Der britische Bergarbeiterstreik.

Reichskonferenz der Organisation.

London, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Konferenz der Bergarbeiterorganisationen prüfte heute in vielstündiger Sitzung die Ergebnisse der Abstimmung, die die streikenden Bergarbeiter über den Vermittlungsorschlag der Bischöfe durchgeführt haben, wobei die Mehrheit sich für Ablehnung dieser Vorschläge ausgesprochen hat. Ein größerer Teil der Bergarbeiter in den schottischen Bezirken hat an dieser Abstimmung nicht teilgenommen, die Gründe dieses Verhaltens sind noch nicht ganz klar. Die Besprechung des Abstimmungsergebnisses und der daraus zu ziehenden Folgen dauerte bis in den Abend hinein und wurde schließlich auf Dienstag, 10 Uhr vormittags, vertagt.

Weitere Nachrichten im gewerkschaftlichen Teil dieses Blattes.

Hinter den Kulissen des Faschismus.

Der Minister Federzoni von Farinacci geehrt.

Paris, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Ein Bericht des „Corriere degli Italiani“ aus Parma enthält wichtige Einzelheiten darüber, was hinter den Kulissen des Faschismus vorgeht. Der Kampf zwischen dem Innenminister Federzoni und dem früheren Generalsekretär der Faschistenpartei, Farinacci, hat eine beispiellose Heftigkeit angenommen. Die Entfernung Farinaccis aus dem Generalsekretariat der Partei ist die Folge dieses Mißverhältnisses zwischen den beiden gewesen. Federzoni hat seinerzeit den Duce vor die Entscheidung gestellt, entweder Farinacci fallen zu lassen oder die Demission seines Innenministers anzunehmen. Es kam zu einer tragischen Sitzung in Gegenwart Mussolinis. Farinacci fühlte sein Abzuziehen in Wallung geraten und bedachte den Innenminister mit zwei Ohrfeigen. Von diesem Ereignis an war Farinacci gezwungen, das Generalsekretariat der Partei aufzugeben und sich nach Cremona zu verfügen, wo er den Tag der Wiedereröffnung erwartete. Dort bereitete er seine Raube vor, indem er Dokumente gegen Mussolini sammelt, der ihn im Stich gelassen hat. Sein treuer Freund Dumini, der Warden Matteotti, hat sich wieder mit ihm zusammengefunden. Dumini und Farinacci zusammen sind eine schwere Sorge für das Regime. Dumini weiß genau, von wem er den Befehl zur Ermordung Matteotti erhalten hat und weiß auch, wenn er den Beweis für diesen Mordbefehl gegeben hat.

Rediglich die schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage ist schuld daran, daß die Mißlichkeiten zwischen Federzoni und Farinacci im Augenblick übersehen werden; sie können noch große Ueberraschungen bringen.

Gajda auch noch Betrüger?

Südslawische Behauptungen.

Prag, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Enthüllungen über den inzwischen verabschiedeten Generalsekretär Gajda nehmen immer größeren Umfang an. Jetzt wird aus Belgrad gemeldet, daß sich das südslawische Offizierkorps bereits einmal gegen einen Besuch Gajdas entschieden verweigert hat und ein Belgrader Arzt beweisen will, daß Gajda in Rußland Betrügereien schlimmster Art begangen habe.

Gajdas Putschgefährten.

Prag, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Das „Narodni Novini“ behauptet, daß das Prager Strafgericht dieser Tage einige Offiziere als Zeugen vernommen hat, die der Teilnahme an dem von Gajda geplanten faschistischen Umsturz beschuldigt werden. Dem Blatt zufolge handelt es sich um die zweite Phase der

Affäre Gajda, die zur Degradierung des Generals führen soll. Die Verhaftung zweier hochstehender militärischer Persönlichkeiten siehe bevor.

Der Kirchenkampf in Mexiko.

Ergommunizierung friedensbereiter Pfarrer.

New York, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Aus Mexiko wird gemeldet, daß der Justizminister 56 Bezirksanwälte ihrer Stellung enthoben hat, weil sie die Kirchengesetze nicht mit der genügenden Strenge durchführten. Ein offizielles Kommuniqué teil außerdem mit, daß 14 Priester beschlossen haben, sich den Kirchengesetzen zu unterwerfen und darum die Erlaubnis erhielten, den Gottesdienst in ihren Kirchen wieder auszunehmen. Alle 14 Geistlichen sind darauf von den Bischöfen ergommuniziert worden. Am Sonntag war die Lage im Lande ruhig, nur in einer Vorstadt von Mexiko kam es zu einem Handgemenge zwischen Anhängern und Gegnern der Regierung, wobei ein Mann getötet wurde. — 15 Mönche, die aus Mexiko ausgewiesen worden sind, trafen in St. Louis ein. Sie sind auf dem Wege nach Toronto. Sie haben erklärt, daß ihnen die mexikanischen Behörden nur acht Stunden Zeit gegeben hätten, um die Klöster zu räumen.

Auch Nachbarputscherei verboten.

Verhaftung mexikanischer Putschisten in der Union.

San Francisco, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) In San Diego (Kalifornien) haben Beamten der Regierung den mexikanischen General Estrada und 150 mexikanische Staatsangehörige verhaftet, die Vorbereitungen für eine Revolution in Mexiko getroffen haben sollen. Große Mengen von Waffen und Munition sollen beschlagnahmt worden sein.

Das brasilianische Regierungsblatt heßt gegen Mexiko.

Frankfurt a. M., 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Rio de Janeiro beabsichtigt der mexikanische Botschafter am 23. August die brasilianische Hauptstadt zu verlassen, da die Erklärungen der brasilianischen Regierung auf eine Beschwerde Mexikos als ungenügend angesehen werden. Der mexikanische Botschafter hatte sich über die Artikel der offiziellen „Gazeta Noticias“ zum Kirchenkampf in Mexiko beschwert.

Frankenfälscherprozess Nr. 2.

Verurteilung.

Budapest, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag wurde die Verhandlung gegen die Frankenfälscher vor dem Gericht zweiter Instanz, Senatspräsident Gado, eröffnet. Sämtliche Angeklagte, mit Ausnahme des Prinzen Windisch-Grach, Ludwig Halls, Alexander Kurz und Kasper Kovacs waren erschienen. Der Verteidiger Windisch-Grach gab zu Protokoll, daß sein Klient morgen erscheinen werde. Auch der Vertreter der Bank von Frankreich, Collard-Hastingue, war anwesend. Es wurde zunächst durch einen der Beisitzer der Verkauf der Frankenfälschungssaktion dargelegt und sodann das Urteil des Gerichtshofes erster Instanz verlesen.

Bergarbeitertod im Goldschacht.

Prag, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „Prager Abendzeitung“ aus Schemany (Slowakei) meldet, stürzte in der hiesigen Goldgrube eine infolge eintretenden Grubenwassers stark durchnässte Grubenwand plötzlich in einer Breite von etwa 30 Metern ein, wobei fünf Bergarbeiter getötet wurden.

Gewerkschaftsbewegung

Vor der Einigung der Beamtenbünde. Zustimmung im Deutschen Beamtenbund.

Die B.S.-Korrespondenz meldet:

Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, gewinnt der Plan der Wiedervereinigung des Deutschen Beamtenbundes mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund immer mehr an Wahrscheinlichkeit. In der letzten Sitzung des Deutschen Beamtenbundes hat die mit den Verhandlungen beauftragte Kommission dem Bundesvorstand über die bisher geleisteten Vorarbeiten Bericht erstattet. Der Bundesvorstand hat die Tätigkeit der Kommission daraufhin gebilligt und sie beauftragt, mit den Delegierten des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes weiter zu verhandeln. Wie wir weiter erfahren, ist damit zu rechnen, daß nunmehr der Wiedervereinigung der Organisationen keine ernstlichen Schwierigkeiten im Wege stehen, und daß die kommenden Verhandlungen sich mehr mit organisatorischen Fragen beschäftigen werden. Die Hauptschwierigkeiten für das Zusammengehen der beiden Bünde scheinen jedoch nach den uns gewordenen Mitteilungen nunmehr beseitigt zu sein, um so mehr, als auch große Gruppen der Eisenbahner im Deutschen Beamtenbunde sich für die Zentralisierung der Beamtenbewegung ausgesprochen haben.

Nach unseren Ermittlungen ist es richtig, daß am Freitag der Bundesvorstand des D.B.B. einen vorläufigen Beschluß gefaßt hat. Im D.B.B. wie im A.D.B. ist sich die große Masse der Beamtenschaft heute darüber klar, daß es der hohen Bureauplatz im Reichsfinanzministerium durch die Zersplitterung gelungen ist, die beiden Organisationsformen gegeneinander auszuspielen und ihre Wirksamkeit zum guten Teil lahmzulegen. Besonders die große Kundgebung auf dem Gendarmenmarkt hat gezeigt, daß die verschiedenen parteipolitischen Auffassungen kein Hindernis zu sein brauchen für eine geschlossene gewerkschaftliche Aktion.

Gewiß leben die Anhänger des A.D.B. ihre politische Vertretung in der Sozialdemokratie. Aber sie sind trotzdem entschlossen, die strikteste parteipolitische Neutralität zu beobachten im Interesse der gewerkschaftlichen Einheit. Die Frucht ist jetzt reif. Darum frisch ans Werk für die große gewerkschaftliche Einheitsorganisation der Beamtenschaft.

13 Dienststunden in einem städtischen Krankenhaus. Bezirksamt Wilmersdorf als Tarifbrecher und Ausbeuter.

Uns wird geschrieben: Unglaubliche Zustände herrschen an dem städtischen Krankenhaus Berlin-Wilmersdorf. Die Leitung dieses Krankenhauses, in dem nur sehr wenig Bollschwester, dafür aber um so mehr Schwesterkinderinnen beschäftigt werden, besteht aus trefflich, menschliche Kräfte ihr anvertrauter junger Krankenschwester auszuspielen. Entsprechend den tariflichen Vereinbarungen mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und den Vorschriften für die Ausbildung in den Betrieben des städtischen Gesundheitswesens sind die Schwesterkinderinnen in den städtischen Krankenhäusern praktisch und theoretisch auszubilden. Die Lehrzeit beträgt zwei Jahre. Auf 1½ Jahr sollen die das theoretische Wissen vermittelnden Kursstunden eines 200 Stunden umfassenden Kurses verteilt werden. Für die geleistete praktische Arbeit erhalten die Schülerinnen eine gelbliche monatliche Vergütung von 25 Mark.

In dem städtischen Krankenhaus Berlin-Wilmersdorf sind in den ersten 1½ Jahren der Lehrzeit überhaupt keine Kursstunden abgehalten worden, um die Schülerinnen nicht der dem Hause nützlichen praktischen Arbeit für einige Stunden zu entziehen. Um das vorgeschriebene Pensum jedoch zu erreichen, werden die jungen Krankenschwestern seit circa zwei Monaten in unangenehmster Weise mit Arbeitsstunden überlastet. Der ordnungsgemäße Tagesdienst der Krankenschwestern in diesem Hause beginnt früh um 7 Uhr und endet abends um 8 Uhr, mit einer Mittagspause von 1½ Stunden. Der übliche Nachdienst beginnt um 8 Uhr abends und endet früh um 7 Uhr, ohne Pause. Da für die Schwesterkinderinnen in den letzten zwei Monaten abendlich von 8 bis 10 Uhr Kursstunden abgehalten werden, so haben diese jungen Krankenschwestern praktisch täglich einen Dienst von 13½ bis 14 Stunden (denn sehr oft schließt der theoretische Unterricht erst um 11 oder 11½ Uhr abends) zu verrichten!

Das städtische Krankenhaus Berlin-Wilmersdorf hat bekanntlich in einem früheren Mietshaus Platz gefunden. Es genügt infolgedessen in hygienischer Beziehung an und für sich nicht allen Anforderungen unserer Zeit. Die engen, unübersichtlichen Raumverhältnisse erschweren naturgemäß die notwendige Lüftung. Dadurch ist der Dienst für das Pflegepersonal besonders schwierig und anstrengend. Bei 13- und 14stündiger Arbeitszeit am Tage wird eine Erholung in der frischen Luft für die Krankenschwestern völlig illusorisch und kann auch durch den einen freien Tag in der Woche nicht ausgeglichen werden. An sechs Tagen je 13 bis 14 Arbeitsstunden sind 78 bis 84 Arbeitsstunden in der Woche!

„Wir haben in Deutschland grundsätzlich den Achtstundentag!“ Wer beantwortet die Fragen: „Wie lange sollen diese Zustände andauern?“ und: „Bestehen sie mit Zustimmung des Gesundheits-

bym. Bezirksamtes?“ Wenn nein, wie gedenkt man die verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zu ziehen?“

Die geschilderten Zustände scheinen uns kaum glaubhaft. Wir erkundigten uns beim Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter nach den Verhältnissen. Dort wurde uns folgendes erklärt:

Es besteht zwischen dem Magistrat der Stadt Berlin und unserer Organisation ein Vertrag, der das Arbeitsverhältnis der Schüler und Schülerinnen regelt. Während man sich in den übrigen Anstalten Berlins nach diesem Vertrag richtet, macht das Krankenhaus Wilmersdorf, das dem Bezirksamt untersteht, eine Ausnahme. Das Verhalten der Krankenhausleitung stellt einen Vertragsbruch dar, wie er früher nicht gedacht werden kann. Wir

13.—18. Sept.: Internationale gewerkschaftl. Agitationswoche 19. September: Vierteljahrhundertfeier der internationalen Gewerkschaftsbewegung

haben uns unter eingehender Schilderung des Sachverhalts mündlich und schriftlich an das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin gewandt und müssen feststellen, daß nunmehr dieser Angelegenheit wegen, zwischen dem Bezirksamt Wilmersdorf und dem Hauptgesundheitsamt ein Kompetenzstreit sich entsponnen hat. Unzweifelhaft hat das Hauptgesundheitsamt Anweisung erteilt, den Vertrag einzuhalten. Der leitende Arzt des Krankenhauses Wilmersdorf hat jedoch den Schülerinnen mitgeteilt, daß nun, nachdem man ihn „verpetzt“ habe, sich erst recht an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern werde! Wir haben in den letzten Tagen wieder eindringlich das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin ersucht, auf Durchführung des Vertrages zu halten, haben jedoch bis zur Stunde keine Antwort darauf. Anstatt die Verhältnisse zu bessern, ist man im Krankenhaus Wilmersdorf bemüht, den „Schuldigen“ zu finden, der es gewagt hat, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter von diesen Verhältnissen Mitteilung zu machen. Die Schüler und Schülerinnen des Wilmersdorfer Krankenhauses werden in einer Art und Weise ausgebeutet und mit Arbeit überlastet, daß die Versorgung der Kranken darunter leiden muß.

Soweit unsere Ermittlungen, es dürfte genügen, wenn wir diese schandvollen Zustände im Wilmersdorfer Krankenhaus veröffentlicht, um den Magistrat sofort zum Einschreiten zu veranlassen. Der Skandal hat schon zu lange gedauert. Es muß vor allem verlangt werden, daß der leitende Arzt zur Verantwortung gezogen wird.

Unionisten und Gelbe.

Auch Weyer will ausschließen.

Bauf Weyer vom problematischen „Industrieverband“ der noch problematischeren „Union der Hand- und Kopfarbeiter“ schreibt uns folgende wunderbare Berichtigung:

„Sie brachten in Ihrer Morgenausgabe vom Freitag, den 14. August 1926, Nr. 378, 43. Jahrgang, unter der Rubrik „Gewerkschaftsbewegung“ einen Artikel mit der Ueberschrift: „Es ist erreicht! — Weyer-Union, Deutschnationale und Gelbe Arm in Arm.“

Aus der Tendenz dieses Artikels geht hervor, daß die Verbandsleitung des Deutschen Industrieverbandes mit den von Ihnen geschilderten Machinationen einverstanden ist. Wir berufen uns auf § 11 des Pressegesetzes und ersuchen um Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist wohl wahr, daß Kiesel, Fromke und Reuschel auf einer gemeinsamen Liste mit den Deutschnationalen kandidiert haben, es ist aber nicht wahr, daß diese Mitglieder unseres Verbandes im Auftrage oder mit Einverständnis der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Industrieverbandes gehandelt haben. Der Deutsche Industrieverband wird gemäß § 8 seiner Satzungen gegen Kiesel u. a. das Ausschlußverfahren eröffnen.“

Wir haben keineswegs behauptet, die Ortsverwaltung habe gegen einen Antrag zu einem Bündnis mit den Gelben erteilt. Somit hat Weyer gar nichts zu berichtigen. Wenn er jetzt nach der Wahl und nach unserer Veröffentlichung ankündigt, daß er ein Ausschlußverfahren eröffnen wird, so wird ihn niemand der Ueberstürzung anklagen können.

Falsche Information des „Deutschen“.

Die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, bringt in Nr. 185 vom 10. August 1926 eine Notiz mit der Ueberschrift: „Der sozialdemokratische Landarbeiterverband fördert das Högängerwesen.“ Diese Notiz enthält die Bemerkung, daß Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes bei Besprechungen im Reichernährungsministerium, die sich mit der Einbeziehung der Landwirtschaft in den Entwurf eines Gesetzes betr. Lehrlingswesen und Ausbildung jugendlicher Arbeiter be-

fassten, gegen eine Einbeziehung der Landwirtschaft und somit für eine Sonderregelung dieses Berufes ausgesprochen hätten.

Das Gegenteil ist wahr! Der Deutsche Landarbeiterverband hat den Standpunkt vertreten, daß die Landwirtschaft in das allgemeine Gesetz aufgenommen werden soll. Mit dieser Feststellung, die der „Deutsche“ sich vom Reichernährungsministerium bestätigen lassen kann, entfallen alle, auch die in der Ueberschrift dieser Notiz gezogenen Schlüsse.

Der vom „Deutschen“ gebrachte Unsinn ist sicher auf eine entsprechende Information des deutschnationalen Zentralverbandes der Landarbeiter zurückzuführen. Dem „Deutschen“ sollte aber doch allmählich klar geworden sein, wie Informationen dieses Verbandes zu werten sind. In der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist man sich längst darüber klar, daß alle Handlungen des deutschnationalen Zentralverbandes der Landarbeiter mit besonderer Vorsicht genossen werden müssen. Daran möge sich der „Deutsche“ auch stets bei passenden Gelegenheiten erinnern.

Die englischen Bergarbeiter beraten.

heute voraussichtlich Beschluß über Verhandlungen.

London, 16. August. (W.B.) Nach einer Beratung über die Ergebnisse der Befragung in den Bergwerksdistrikten betreffend die kirchlichen Vor schläge wegen der Beilegung des Konfliktes, vertagte die Konferenz der Bergarbeiterdelegierten auf morgen. Die Konferenz faßt keinen Beschluß hinsichtlich der Wiederaufnahme der formellen Verhandlungen. Die Zahl der Bergarbeiter, die die Arbeit wieder aufnehmen, steigt täglich. Nach den letzten Nachrichten arbeiten im Lanarkshire 5583 Bergleute, im Warwickshire 5880, in Cannoek 5191 und in den mittleren Kohlenbecken 3500. Heute haben alle Arbeiter der drei Zechen in Shropshire, 1680 an der Zahl, die Arbeit wieder aufgenommen. (Die Zahl der Streikenden beträgt rund eine Million. Danach kann man die Bedeutung der paar tausend Streikbrecher abschätzen.)

Amerikanische Unterstützung für die englischen Bergarbeiter.

Chicago, 16. August. (W.B.) Der Arbeiterverband von Chicago hat beschlossen, den Streik der englischen Bergarbeiter zu unterstützen und einen Ausschuß einzusetzen, der Hilfsmittel für die britischen Bergarbeiter sammeln soll.

Beamtenkonflikt in Oesterreich.

Wien, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) In dem Konflikt der Postangestellten mit der Regierung wird die Entscheidung am 20. August fallen. Die Angestellten erwarten, daß die Regierung schon in den nächsten Tagen die Verhandlungen einleitet. Falls das bis zum 20. d. M. nicht der Fall ist, wird der erweiterte Vorstand der Postgewerkschaft zusammentreten, um das an die Regierung zu stellende Ultimatum zu beschließen. Die Lage ist jedenfalls sehr ernst.

Achtung, Baudelegierte! Am Donnerstag, dem 19. August, nachmittags 5 Uhr, findet im „Dresdener Kasino“, Dresdener Str. 96, eine Baudelegiertenversammlung statt. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß die Sammellisten zugunsten der englischen Bergarbeiter sofort im Bureau, Zimmer 58, abgeholt werden müssen. Wir rechnen damit, daß bereits am Donnerstag in der Baudelegiertenversammlung die Listen zurückgegeben und neue in Empfang genommen werden können. Jede Bauhilfe muß im Besitze von Sammellisten des Ortsausschusses des D.B.B. und in der Baudelegiertenversammlung am Donnerstag vertreten sein. Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimieren.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin.
Der Vorstand.

SPD-Metallarbeiter.

Mengen, Mittwoch, abends 7 Uhr, Fractionsversammlung in den Reibens-Fabrik, Sandbagger Str. 11. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen unbedingt erforderlich. Reiner darf fehlen. Partei- und Verbandsbuch legitimieren. Der Fractionsvorstand.

Verband der Maler und Lackierer.

Betriebsrat, Vertrauensleute und Bezirksleiter: Am Donnerstag, den 19. August, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelplatz 24-25, Saal 1, Funktionskonferenz. Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben, Disziplin und Betriebsrat.

Jugendgruppe des D.M. Heute, Dienstag, abends 7 Uhr, gemeinsame Spiele der Abteilungen Gadowitz und Schöneberg auf dem Spielplatz an der Reichshofstraße.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr, tagen die Gruppen: Landarbeiter: Flieg; Jugendheim Dieckmannstr. 3. Schenker: „Wunder Bebel aus seinem Leben“; Kranführer: Albert; Jugendheim Tüllter Straße 4-5, 1. Tr. Unterhaltungsabend. — Eisenbahner: Jugendheim Dörfelstraße 22. Vortrag: „Das bürgerliche Gerichtswesen“; — Textilarbeiter: Jugendheim Wilsdorfstr. 10-11. Betriebsrat: „Was sagt“; — Spinnerei: Jugendheim Lindenauer 1. Spielabend. — Es spielt im Freien die Gruppe Gadowitz. Sportplatz am Urbin; Oberbühnenwache und Kassenamt auf dem Sportplatz der Reichshofstrasse an der Oberpost. Der Kreisrat gibt dabei, Treffpunkt 1½ Uhr am Urbin, Ecke Kleinsandstraße.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten K.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Grötz; Wirtschaft: Artur Göttraw; Gewerkschaftsbewegung: J. Striner; Realisation: Dr. John Schifswall; Lokales und Sonstiges: Fritz Kuchel; Anzeigen: H. Glöck; Druck: Friedrich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

1. Preis

Arcona-Räder

Hundert I., II. und III. Preise

Die Meisterschaft von Deutschland

über 100 km wurde von Wittig auf

ARCONA-RAD

gewonnen.

Wieder ein Beweis der grossen Klasse und Qualität.
Katalog nach auswärts gratis und franko.

ERNST MACHNOW

Berlin C., Weinmeistersir. 14.
Grösstes Fahrrad-Spezialhaus Deutschlands.

Am 16. August beginnt wie alljährlich der **Obst-, Gemüse- und Kartoffelverkauf** auf dem Gutshof in Blin-Rosenthal. Verkaufszeit: 8-12 und 2-6 Uhr. **Berliner Stadtgüter G. m. b. H.** Gutverwaltung Blankenfelde.

Der **gute Kapitän-Kaufabak** ist die beste Zigarrenqualitätsmarke. **C. Röcker, Berlin** Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3861

Von der Reise zurück **Prof. Dr. H. Schirokauer** W 62, Lutherstraße 12. **Metallbetten** Stahlmattressen, Kinderbetten (gibt es für) Kat. 680 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

Für Regentage!

Boer John A.
BERLIN, CHAU/EESTR. 29/30. U N T E R G R U N D B A H N S T E T T I N E R B A H N H O F

Gummimäntel für Damen und Herren, Körperdecke	18.-, 15.-
Gummimäntel für Damen und Herren aus Homospun und ähnlichen Stoffen	18.-, 16.50
Gummimäntel bessere Qualität und Verarbeitung (reicher Mantel- und Stoffauswahl)	24.-, 20.-, 25.-
Gabardinemäntel aus imprägniertem B. Gabardine	21.-, 19.-, 17.-
Wollgabardinemäntel für Herren von 60.-, für Damen von	40.-
Wetter-Capes aus imprägniertem Strichloden für Damen und Herren, für Knaben und Mädchen	12.-
Lodenmäntel imprägniert, für Damen 13.-, für Herren	15.-
Lodenmäntel in besserer Qualität	31.-, 30.-, 24.-
Lodenmäntel aus Kamelhaarloden	55.-, 48.-, 38.-
Oeltuchmäntel	21.-
Windjacken aus wasserdichten Stoffen für Damen 12.50, für Herren 6.75, für Jünglinge 6.25 und für Knaben	5.90



Das vielumstrittene Warenhaus überrascht in diesen Tagen mit einer neuen Verkaufsorganisation. Es soll ihm hier kein Lob gesungen werden, aber man kann auch sagen, in der heutigen Wirtschaftsform weichen sich die Vorteile und Nachteile des Warenhauses getreulich die Hand. Die Kämpfe, die einst von den Mittelparteien gegen die Konkurrenz der Warenhäuser geführt wurden, haben sich anderen, schwerer schädigenden Wirtschaftsgebilden zugewandt.

Das viergeteilte Portemonnaie.

Die neue Verkaufsorganisation ist die des viergeteilten Portemonnaies: es werden bestimmte Warenserien zu einem Einheitspreis von 95 Pf. — 1,90 M. — 2,85 M. — 4,50 M. ausgedoten. In verwirrender Aufmachung, mit der suggestiven Macht, die nur der große Reklameapparat des Warenhauses entfalten kann, werden diese Zahlen immer und immer wieder dem Publikum in der Großstadt vor Augen geführt: im Inserat der Zeitung, in bunten Kiefenlettern auf den Fronten der fensterdurchbrochenen Fassaden der Warenhäuser, durch gleitende Transparente in den Schaufenstern, die immer nur diese vier Einheitszahlen wiederholen, durch einen farbenprächtigen Wald von bunten Plakaten und Affischen im Inneren der Häuser. Die Aufforderung ist zu zwingend, das Publikum kann nicht anders, es muß hingehen und sich die neue Attraktion ansehen. Wie die Herren vom Theater rüsten die Chefs der Warenhäuser mit ihrem Generalstab, den Abteilungsleitern und den Einläufern, die große Reue der Warenhäuser, die ebenso wie dort den ungeschriebenen Befehlen des wandelbaren Modegeschmacks unterstehen. Aber was verbirgt sich hinter den Zahlen? Ist es nur die Idee eines getriebenen Kaufmanns? Wie kann sich der differenzierte Geschmack eines vielfältigen Publikums in nur vier Preiskategorien einzwängen lassen? Vielleicht, so denkt mancher, wird aus den Rückständen des verflochtenen Saisonverkaufs die Ware zur Hebung des Umsatzes auf dieses Viererfließen-System zugeschnitten, etwa so, daß die Waren, die den Preis nicht erreichen, nach oben hin erhöht, die teureren Waren dem Preisschema entsprechend herabgesetzt werden. Diese Auffassung ist falsch, wie schon ein Gang durch die Verkaufsstände sofort aufzeigt.

Was erhält man für sein Geld?

Die Waren der neuen Einheitspreise tragen durchaus nicht das Merkmal des billigen Ausverkaufs, sie sind neu, exakt für diesen Verkaufszweck hergestellt und zeigen die Sorgfalt, einem praktischen Bedürfnis gerecht zu werden. Jedenfalls drängen sich die Kunden um die besonders ausgezeichneten Warenstücke, prüfen und kaufen. Eine Mannigfaltigkeit der Auswahl herrscht trotz der Beschränkung. Man kann für 4,50 M. eine ganze Serie von praktischen Dingen erwerben, mag es sich dabei um eine Tasse oder ein Kleid oder sonstigen Bedarf handeln. Für 2,85 M. erhält man schon eine Kaffeemühle oder eine Aufwaschmaschine oder ein Sporthemd, ebenso Konfektion en masse. Für 1,95 M. kann man eine Emaillekruse kaufen oder einen Satz Stiefelrollen aus Aluminium, einen Manufakturkoffer oder einen Mädchen-Prinzeßrock; für 95 Pf. erhält man einen Butterkühler oder ein echt silbernes Eßbesteck mit einem Garantiezeichen für ein Jahr, oder ein paar Löffel mit Goldrand; einen Damenregenhut oder einen Kopfstützenbezug u. a. Mit diesen kleinen Beispielen soll nur die Anwendung des Serienverkaufssystems aufgezeigt



werden. Jedesmal auf meine Frage versicherten die Verkäuferinnen: „Das ist alles reguläre Ware!“

Die Wirtschaftlichkeit der Einheitspreise.

Der Chef eines der großen Berliner Warenhäuser gab uns dazu folgende Erklärungen: Zuerst korrigierte er den Wert, daß die Idee der Einheitspreise durchaus nicht neu sei, daß sie schon seit Jahren in vielen Warenhäusern zur Anwendung gebracht wird. Neu daran wäre nur das konsequente Prinzip, wie es in jedem reellen Warenhaus zur Anwendung kommt, nur wirklich preiswerte und gute Sachen in den Einheitspreis hineinzustellen. Der große Käuferkreis mit seinem bläuflichen Urteil nimmt das Einheitspreissystem durchaus günstig auf und hat sofort verstanden, von welchen Gesichtspunkten hier der Kaufmann ausgeht. Es ist nicht dabei gedacht, Ramschware etwa billig an den Mann zu bringen, wenn auch herabgesetzte Qualitätsware aus alten Lagern, soweit sie sich in die Preise einfügen läßt, mitverkauft wird. Man verfolgt in erster Linie die Abicht, die Kaufkraft des Publikums in einer klaren Zeit, wie es die Sommermonate sind, zu heben. Dieses kaufmännisch berechnete Verlangen hat den wirtschaftlichen Hintergrund, einmal den lebendigen, bis in seine kleinsten Funktionen durchorganisierten Verkaufsapparat des Warenhauses fröhlich zu erhalten und zum anderen Mal den großen, vom Warenhaus abhängigen Industrien und Gewerben mit ihren tausenden von Arbeitern neue Aufträge zu schaffen. Es mußte etwas erfunden werden, um die klauen Wochen, die sogenannten Uebergangsjahren bis zur beginnenden neuen Saison auszufüllen. Denn die Aufträge für die Wintermonate können nicht früher ausgegeben werden, ehe nicht die Einstellung der Mode und des Bedürfnisses und der allgemeinen Wirtschaftslage für den kommenden Markt festgestellt wurden. Die Unternehmungen müßten also bis dahin feiern. Das neue Einheitspreissystem greift demnach über die privatwirtschaftliche Einstellung des Warenhauses hinaus und sucht seiner wahren Aufgabe, ein billiger Konsumerteiler zu sein, mit dieser neuen Lösung gerecht zu werden. Die Fabrikanten erhalten also Großaufträge nach einem bestimmten Einheitsdurchschnitt. Bei genauester Berechnung des Faktors, vielleicht auch durch Vereinfachung und Ersparnis an Ausstattung läßt sich bei einem solchen Großauftrag eine Verbilligung des Gegenstandes ausfallen, ohne seinen Verkaufswert zu schädigen. Bei der Herstellung kleiner und vieler differenzierter Muster muß der Fabrikant ganz anders rechnen, andererseits erfüllt er gern auch den lohnenden Großauftrag für den Einheitspreis, wenn er einer Be-

triebsstockung damit vorbeugen kann. Hier ist also eine rationelle Art, den Bedarf zu vereinfachen und die Arbeitsmaschine in Schwung zu erhalten.

Auch auf das Publikum wirkt sich der Serienverkauf erzieherisch aus. Der konzentrierte Bedarf ist auf die Konsumfähigkeit des Käufers zugeschnitten. Es wird ihm nicht zugemutet, daß er, wenn er nur 95 Pf. für seinen Luxus oder Bedarf ausgeben kann, dazu verführt wird, für die gleiche Sache einen höheren Preis auszugeben. Er kann nur die bestimmte Ware für einen festungrenzten Preis erhalten. Bei größeren Ansprüchen muß er eben die andere Falte seines Portemonnaies öffnen. Und jede Ware in ihrer Preisart entspricht ihrem genauen Wert. Amerika mit seinen 5- und 10-Cent-Läden hat sich fast durchweg auf dieses Konsumbedürfnis eingestellt. Auf realer Basis aufgezogen, wird das Einheitspreissystem auch bei uns ein Mittel sein, das Vertrauen zwischen Verkäufer und Publikum neu zu befestigen.

Ein modernisierter Betrieb.

Neue Fernheizanlagen im Krankenhaus Friedrichshain.
Im Krankenhaus Friedrichshain sind gestern eine Befichtigung der neuen Fernheiz- und Fernwärmewasserversorgungsanlagen statt. Stadtrat Genosse Rosin vom Bezirksamt begrüßte die Erschienenen.
Die bisher in Betrieb befindlichen Heizungsanlagen waren als selbständige Heizungen in den einzelnen Pavillons untergebracht; ihr Betrieb war nicht nur wegen des hohen Kohlenverbrauchs unrentabel geworden, der Rauch belästigte auch stark Patienten und Anwohner. Man entschloß sich daher von einer Zentralkasse aus die Pavillons, die Wirtschafts- und Verwaltungsgebäude zu beheizen und mit Warmwasser und Dampf zu versorgen. Zu diesem Zwecke ist im Anschluß an das Maschinenhaus ein Fernheizwerk gebaut worden, das mit den neuesten Einrichtungen versehen ist. Abgesehen davon, daß der Betrieb jetzt unrentabel ist, fällt auch die Hauptursache, die Rauchentwicklung und Rauchbelästigung fort. Die Heizung ist mit Rauchgasprüfern ausgestattet, die in jedem Augenblick vom Heizstand aus eine Kontrolle der richtigen Beschickung der Kessel und der vorgeschriebenen Verbrennung der Kohle gestatten. Eine große Anzahl der Pavillons ist schon an die neue Heizanlage angeschlossen, die übrigen Gebäude werden nach und nach dafür eingerichtet. Ein Rohrnetz von etwa 1000 Meter Länge ist in unterirdischen begehbaren Kanälen untergebracht, wodurch etwaige Reparaturen auf ein Minimum herabgedrückt werden. Das warme Wasser wird durch Kreislumpen durch das Rohrnetz getrieben und hat in etwa 300 Sekunden seinen Kreislauf einmal beendet. Es fließt in die Kessel wieder zurück.
Gleichzeitig ist eine Müllverbrennungsanlage eingerichtet worden, in der auch unter Beobachtung aller hygienischen Vorschriften Verbundstoffe und andere Abfälle rauchlos verbrannt werden. Mit diesen Neuanlagen ist das Krankenhaus Friedrichshain wieder in die Reihe der modernen Krankenhäuser gebracht worden.

12] Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.

Korrigierte Uebersetzung aus dem Französischen von Kunde-Grazia.

Ihre oberflächlich geweihte Kammer besaß ein kleines, hoch oben über der Dachrinne eingelassenes Fenster. Es war ein genügend großer Raum, dessen mit Sclerintropfen besetzter Boden seit langem nicht geschweert worden war. Das übliche Mobiliar ähnelte dem in Rosalies Kammer: dieselbe eiserne Bettstelle mit zwei Matratzen aus Floßseide, gleicher strobüberzogener Stuhl, auf dessen Lehne das Handtuch zum Trocknen hing, gleicher Tisch, auf dem Haarnadeln und die Seife in zerbrochener Untertasse hiederlich herumlagen. In diesem Verschlag verhinderte die Hitze, im Sommer zu schlafen, im Winter, die Kälte, sich mit Ruhe zu waschen. Kein Lüftchen entfernte diesen den Dienstmotchkammern eigenen Geruch, den Gestank verbrannten Fettes und durchnässter Wolle, der sich mit scharfem Wolschuldust ablöste. Kein Geschrei hob diesen so fernem und verworrenen Pariser Lärm auf, der mahnend an die Trennung der sechsten Etage von der übrigen Welt erinnerte.

Sulette blieb fluchtbereit stehen. Frau Coqueho setzte sich, kreuzte die Hände über der großen schwarzen Tasche und ließ ihr zweideutiges Gelächter vernehmen.

Sie zählte Empfehlungen auf; mehrere Schützlinge hätten ihr Glück gemacht, und sie setzte hinzu:

„Sie dürfen nicht glauben, daß ich der ersten besten meine Angebote mache, jedoch Sie, Kleine, haben einen Duft von Orangeblüten und ich schätze die Neuheiten nach ihrem Werte...“

Meist antwortete Sulette nur mit Einsilbigkeiten oder Kopfschütteln, aber einmal spöttelte sie, durch Rosalie belehrt: „Ich weiß, daß Sie nach Neuem suchen und Ihnen das sogar gerichtliche Nachstellungen wert ist...“

Frau Coqueho sprang auf. „Ganz recht, Fräulein! Der Bund zur Unterstützung der Zugereisten hat Streit mit mir gesucht, weil ich junge Mädchen aus der Provinz, denen eine Stelle versprochen war, an der Baun erwartet habe. Aber meine Ehre ist nicht angetastet worden.“

Nach dieser letzten Redensart, die die gerichtliche Bestrafung nicht in Abrede stellte, entstand eine Pause. Die schwarze Tasche wurde zu mehreren Malen geöffnet und wieder zugeklappt, als wenn sie Beweise von Ehrbarkeit in sich berge, dann fuhr Frau Coqueho im Tone plötzlichen Freiheits fort:

„Ich werde Ihnen mehr darüber sagen, als Sie davon wissen! Ich kaufe Mädchen, die in die Reize der Händler gefallen sind! Na, das fällt unter den Paragrafen, was! Nun übergebe ich sie einem Ehepaar, Philantropen, dem Herrn und der Frau Balcant, die in der Hauptsache das beste Mittel gefunden haben, um dem Schacher mit der Unschuld zu steuern: Eine gewisse Anzahl armer Mädchen muß verkauft werden, das wird man niemals hindern — nun gut! Seien wir reitende Käufer. Und sie haben recht: zwecks einer wirklichen, unmittelbaren und andauernden Rettung ist es nötig, daß der Handel besteht, das Uebel wirklich vorhanden ist und man den Opfern die schreckliche Gefahr zeigen kann, aus der man sie befreit: Der Agent, den Sie gehört haben, glaubt Sie für eine Ausbeutung, schlimmer als der Tod, zu verkaufen, man hat ihm zweihundert Franken bezahlt, wenn andere als wir es gegeben hätten, wären Sie verloren. Wird „vor dem Verkauf“ interveniert, dann weiß man nicht, ob man eine Rettung bewerkstelligt, greift Mädchen auf, die gar nicht gefährdet waren, sich überhaupt nicht hätten in die Falle locken lassen.“

Sulette zuckte leicht mit den Achseln:

„Warum arretiert man nicht einfach die Händler?“

„Die Dummheit und die Leichtgläubigkeit, zu gleicher Zeit auch die Hoffnung und der Wunsch nach einem besseren Los, müßte man bei den armen Dienstmädchen arretieren lassen! Denn die Händler, das würde nichts helfen, weil ihre Nachfolgerschaft sogleich von anderen Unternehmern angetreten würde; übrigens ist es fast unmöglich, sie zu fassen. Seit die Justiz sich so stürmisch der Sache annimmt, haben sie ein Gitter zwischen sich selbst und den wahren Klienten oder denen von der Polizei errichtet. Anders ausgedrückt, man handelt nicht direkt mit ihnen, muß sich an Zwischenhändler wenden, die nicht zu fassen sind (diese treiben ja in Wirklichkeit nicht selbst den Handel — befördern nur den Auftrag weiter, ohne etwas zu versprechen).“

Zum Beispiel, ich wende mich an Fumeron, den Mann der Birainie, eines früheren Dienstmädchens: ich brauche ein junges Blut, etwa 18 Jahre, genügend Fleisch, Kovize usw. Er trinkt kein Glas und antwortet mir nicht einmal auf diese Bemerkung. Ich empfangen das Kollo (wie seine stehende Redensart ist) nach einigen Tagen: die Unschuld führt sich ganz allein ein, in der Hand trägt sie als verabredetes Zeichen ein Kuvert, das nur weißes Papier enthält. Ich händige Fumeron das Geld ein, es gibt keine Quittung, keine Spur. Die bewußte Unschuld hatte Fumeron niemals zu sehen gekriegt, ihn niemals sprechen hören, ist nicht in stande, genau zu sagen, wer sie zu mir schickte.“

„Was machen denn nun Ihre Philantropen?“ fragte Sulette.

„Das sind reiche, sehr reiche Leute. Jedes gekaufte Mädchen behalten sie bis zu sicherer Unterbringung bei sich, ohne es arbeiten zu lassen. Als Kopf dient in ihrer Wohnung eine Kammer, die immer besetzt ist. Das sind wahre Menschenfreunde! Aber vergessen Sie auch nicht mein Verdienst! Ohne mich wären sie ohnmächtig, wohin sollten sie sich wenden? Ferner merken Sie sich diesen originellen Umstand: Wenn die Händler wüßten, daß die jungen verkauften Mädchen nicht der Ausschweifung anheimgefallen sind, würden sie ihre Ware behalten. Also bin ich auch eine Wohltäterin und laufe ernsthafte Gefahr, denn die Händler sind furchtbar rachsüchtig, und ich täusche und bestehle sie, indem ich von ihnen Geschöpfe für das Laster verlange und dieselben der Tugend überliefere.“

Sulette war nicht sehr von der Existenz der Philantropen überzeugt, sie fragte, „was es für Leute wären.“

„Herr und Frau Balcant stehen in den Bierzimmern, sind kleine, dürftige Gestalten, und in Hinsicht auf Schönheit nicht bevorzugt; er ist kahl, hat einen Weinstock auf der linken Wade, sie den kleinen Henntopf, eine Schulter ist höher als die andere. Nun stellen Sie sich den rührenden Charakter ihrer Wohlthätigkeit vor. Die gekauften Mädchen sind immer stramme, schöne, gesundheitsfrohe Geschöpfe, die ihnen eher so etwas wie Eiferkudt einflößen müßten. Nun gut, je hübscher, frischer ein Mädchen ist — um so mehr erscheint folglich Frau Balcant neben ihr benachteiligt —, um so mehr aber schätzt sie die Frau, gibt ihr Ratschläge, verhält sich zu ihr, und um so mehr spricht der Herr mit einer Art Ergebenheit und Achtung zu ihr... sicher, sie begen eine von der Schönheit erregte Bewunderung, deshalb ängstigen sie sich auch, haben Furcht vor Begierden, Verbrechen, die die Schönheit veranlaßt. Einmal habe ich ihnen eine bildhübsche Bretagnierin, ach! war die schön, übergeben, die sie der Öffentlichkeit nicht aussetzen wollten, die statteten sie aus und verheirateten sie.“

Nach diesen Worten kam Rosalie. Sie konnte erst um 11 Uhr abends zu Bett gehen, ihre Herrschaften hatten Gäste zum Diner gehabt. Sulette machte sie mit dem Laufe des Gesprächs bekannt. Der Frau Coqueho Verdienst um die Tugend gab ihr viel Grund zum Lachen; sie ließ sich auf den Koffer fallen.

„Nun, und wenn Sie Sulette eine Stelle bei einem einzelnen älteren Herrn vorschlagen,“ sagte sie herausfordernd, „das ist dann kein Handel?“ (Fortsetzung folgt.)

Republik und Völkerfrieden im „Abenteuerlichen Simplizissimus“.

Von Felix Fischenbach.

Zum 250. Male führt sich am 17. August der Todestag des Hans Jacob Christoffel v. Grimmelshausen, der nach einem abenteuerlichen Leben im Jahre 1676 als Schultheiß zu Renschen in Baden starb. Von den vielen Schriften, die von ihm bekannt sind, ist der „Abenteuerliche Simplizissimus“ nicht nur sein bedeutendstes Werk, sondern zugleich der früheste, aber auch beste Bagabundenroman; ja er ist bis heute die einzige große Gesellschaftsdarstellung unserer Literatur“ geblieben. Es ist nicht halb so merkwürdig, als es im ersten Augenblick scheinen mag, wenn wir im „Simplizissimus“ schon Pläne finden, nach denen die deutsche Einheit auf republikanischer Grundlage geschaffen werden soll, und wenn dabei einem „ewigen, republikanischen Frieden zwischen allen Völkern in der ganzen Welt“ das Wort geredet wird. Der „Simplizissimus“ erschien zum erstenmal im Jahre 1669, also zu einer Zeit, da Deutschland an den verheerenden Folgen des Dreißigjährigen Krieges noch furchtbar litt. Wilde Soldatenhorden aus aller Herren Länder hatten dreißig Jahre lang Deutschland die Kreuz und Quer durchzogen und ausgeplündert. Und mitten in das zügellose Leben der Soldateska führt uns der „Simplizissimus“ hinein. Wir erleben ihre Kämpfe, ihr Lagerleben und ihre Raubzüge.

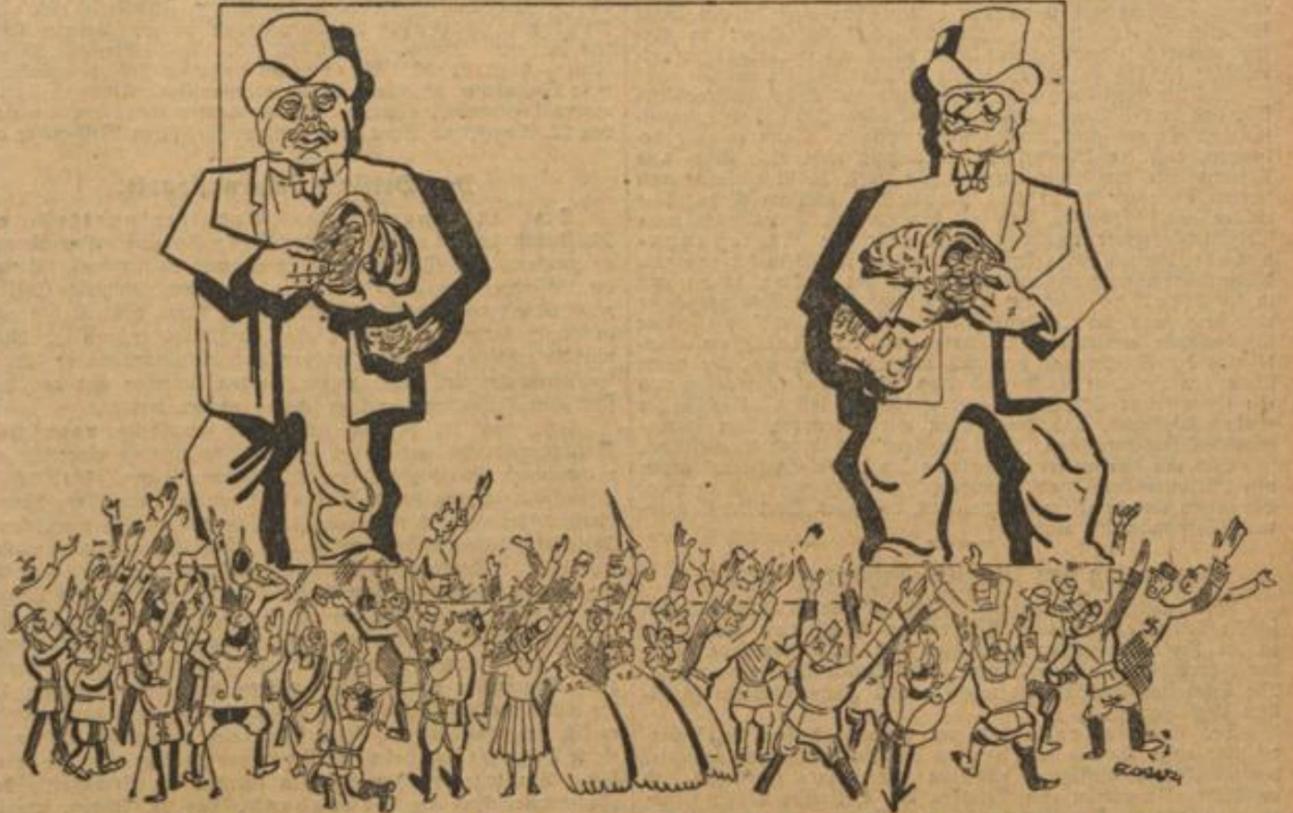
Ein „wunderlicher und seltsamer Bogen“ ist dieser Simplizissimus. Als zehnjähriger Junge von Soldaten des Dreißigjährigen Krieges aufgegriffen, trieb er sich bei allen Heeren herum, wurde Page, Schaftsmann, Troßhube, Soldat, Räuber, Wunderdoktor und Stückritter. „Wo und welchergestalt er nemlich in diese Welt kommen, war er darin gesehen, gelernt, erfahren und aufgefunden, auch warum er solche wieder freiwillig quittiert.“ das ist hier „überaus lustig und männiglich nützlich zu lesen“. Neben den vielen tollen und abenteuerlichen Streichen des Helden, die zuweilen recht derbklantig, aber stets voller Humor gezeichnet sind, lernen wir im „Abenteuerlichen Simplizissimus“ aber auch das Leben und Wesen der Stände, den Aberglauben und selbst die Wissenschaften jener Zeit kennen. So, es scheint, als wolle Grimmelshausen zugleich Abrechnung halten mit den Fragen, die seine Zeit am tiefsten bewegten. Er entwirft politische Reformpläne, die den deutschen Zuständen des 17. Jahrhunderts weit voraussehen, findet aber nicht den Mut, sie offen als seine eigenen Forderungen aufzustellen, sondern läßt sie im „Simplizissimus“ von einem Narren und „Erzphantasten“ vortragen. Das Verlangen nach der Einheit Deutschlands und der Gedanke des Völkerfriedens stehen im Mittelpunkt dieser Pläne. Ein „teutscher Held“ soll entstehen, um der Welt den „Universalfrieden“ zu schaffen. Aber eine bessere Zukunft Deutschlands sieht dieser „Erzphantast“ nur, wenn der Tyrann der Fürsten ein Ende gemacht wird, wenn sich die Städte als republikanische Gemeinwesen auf ewig miteinander verbinden, ein Parlamentswesen, die Leibeigenschaften samt allen Zöllen, Steuern, Zinsen, Gütern und Umgehungen durch ganz Teutschland aufheben und förmliche Anstalten machen, daß man von keinem Fronen, Wachen, Kontributieren, Geldgeben, Kriegen noch einziger Beschwörung beim Volk mehr wissen wird.“ Dem „Phantasten“ wird dann die Frage vorgelegt, was die Fürsten und Herren wohl dazu sagen werden, wenn ihnen das Ihrige abgenommen und den Städten unterworfen werden soll. Aber Grimmelshausen will eine gründliche Fürstentümmerung, denn er läßt seinen Narren antworten: „Hierumb wird sich der Held wenig kümmern; er wird alle Großen in drei Teile unterscheiden und diejenigen, so unexemplarisch und verrückt leben, gleich den Gemeinen strafen.“ Den übrigen soll die Wahl gegeben werden, im Land zu bleiben oder nicht. „Was bleibt und sein Vaterland liebt, die werden leben müssen, wie andere gemeine Leute. Die anderen aber, die Herrscher bleiben wollen, die wird er nach dem Balken und nach Asien führen, und alle Kriegsgewalt in ganz Deutschland mitgeben.“ Dort mögen sie Krieg führen und herrschen. Mit seinen Parlamentsherren will der Held dann wieder nach Deutschland zurück und sie „die Vorseher und Väter seines deutschen Vaterlandes nennen.“ „Wodann wird wie zu Augusti Zeiten ein ewiger beständiger Friede zwischen allen Völkern in der ganzen Welt sein.“

Grimmelshausen hatte richtig erkannt, daß das Werden des einigen Deutschen Reiches durch die Macht der Teilfürsten verhindert wurde. Sie mußte also gebrochen werden. Die Städte, die als stärkste ökonomische Macht den Kampf gegen die geistlichen und weltlichen Herren hätten führen müssen, hatten nicht Kraft und Willen dazu. Im sechzehnten Jahrhundert waren die vereinzelt vorhandenen, zuerst des niederen Adels unter Hutten und Sickingen, dann der Bauern und niederländischen Rebellen der Gewalt geistlicher und weltlicher Fürsten erlegen. Grimmelshausen glaubte aber, selbst nach Beseitigung der Fürstentümmerung ohne Vereinigung des Religionsstreites den dauernden Frieden nicht sichern zu können. Deshalb läßt er seinen „Phantasten“ die Vereinigung aller christlichen Kirchen der Welt anstreben. Aber im Dreißigjährigen Krieg waren ja Religionsgegensätze nicht die letzten treibenden Kräfte. Viel bedeutsamer war das Widerstreben der Fürsten gegen die Festigung und Ausbreitung der kaiserlichen Macht und die Sicherung des fürstlichen Raubes aus der vorhergegangenen Reformationsepoch. Es handelte sich dabei, wie Franz Mehring richtig sagt, um die Auseinandersetzung mit dem Papsttum, das den Völkern das letzte Wort aus den Knochen sog. „Diese Auseinandersetzung mit einer ökonomischen Macht, die unter religiösen Formen herrschte, konnte sich nur als ein ökonomischer Widerstand unter religiösen Formen vollziehen.“ Das hat Grimmelshausen, der nur die äußeren Erscheinungsformen der Kämpfe seinerzeit sah, noch nicht erkennen können. Sein „Abenteuerlicher Simplizissimus“ ist zum Teil als eine Art Selbstbiographie anzusehen, worin er seine Einzelerfahrungen meisterhaft zu einem Gesamtbild seiner Epoche gestaltet. Dadurch wird der „Simplizissimus“ zur hervorragenden Kultur- und Sittenschilderung der furchtbaren Zeit des Dreißigjährigen Krieges, der Deutschland um zwei Jahrhunderte in der Entwicklung zurückgeworfen hat.

Unbekannte Seen. Trotzdem der größte Teil unseres Planeten durchsucht ist, gibt es hier und da noch neue geographische Entdeckungen. Bei der Vermessung von 60 000 Quadratkilometern unbekanntes Land zwischen dem Libabasta und dem großen Skanensee in Kanada, nördlich des 60sten Breitengrades, ließ man auf eine Seentette von 270 Kilometer Länge. Bisher waren nur spärliche Angaben aus dem Gebiet bekannt, die von einer Durchquerung Samuel Hearnes im Jahre 1773 stammten. In unseren Atlanten sind die Seen als unsicher mit strichlinierten Linien angedeutet.

„Haltet aus!“

(Der Jungdeutsche Orden hat neues Beweismaterial dafür beigebracht, daß die Vaterländischen Verbände von großkapitalistischen Interessengruppen ausgehalten werden.)



Alles hat seine Gründe. Ein Leib- und Magen-Lied der Vaterländischen Verbände, das bekannte „O Deutschland, hoch in Ehren“, schließt mit dem bezeichnenden Refrain: „Haltet aus im Sturmgebraus!“

Ein Männerparadies der Südsee.

„Vor einiger Zeit“, so schreibt der Forschungsreisende Robert Frisbie in einer weitverbreiteten englischen Monatschrift, „besand ich mich auf einer Reise nach Polynesien. Eines Tages hörte ich von Fischern seltsame Geschichten über eine Insel, die wenige Meilen von dem Cook-Archipel entfernt sein sollte, der unter englischem Schutz stehenden Inselgruppe Polynesiens, wo ich damals weilte. Nach diesen Erzählungen war das Inselchen ausschließlich von Frauen bewohnt, denen ungewöhnliche Schönheit nachgerühmt wurde. Die Schiffe, die den Verkehr mit den Inseln vermitteln, sollen sich, wie die Fischer behaupteten, immer in gehöriger Entfernung von dem Landungsplatz halten, weil die Frauen, die als gute Schwimmerinnen bekannt sind, die Gewohnheit haben, an die Schiffe heranzuschwimmen, um sich die Männer, die ihnen gefallen, herunterzuholen und sie als Gefangen nach ihrer Insel zu führen. Die Missionare hatten sich auch stets gehütet, die Insel zu besuchen, da die Ersahrung gelehrt hatte, daß dort für ihre Bekehrungstätigkeit kein Boden vorhanden war. Ich war durch diese Geschichten natürlich neugierig geworden und beschloß, mit einigen Freunden der Insel einen Besuch abzustatten, selbst auf die Gefahr hin, eine Enttäuschung zu erleben. Die Fischer hatten sich nicht der geringsten Uebertreibung schuldig gemacht. Das Inselchen existiert wirklich und erfreut sich einer überaus materiellen Lage. Es ist ein verlorener Weltwinkel, denn entgegen den Berichten der Fischer, pflegt dort nur alle zwei Jahre ein Schiff anzulegen.“

Die Bewohnerchaft der Insel setzt sich aus 130 Frauen und 24 Männern zusammen. Diese numerische Uebertreibung des weiblichen Elementes gestattet nicht nur den Männern mehrere Frauen zu besitzen, sondern ist auch die Quelle beständiger Streitigkeiten, weil die heiratfähigen Mädchen es nicht verwinden können, daß die anderen einen Mann gefunden haben. Die Frauen sind in der Tat von ungewöhnlicher Schönheit. Hochgewachsen, mit blendend weißen Zähnen und reichem, seidenschwarzem Haar, machen sie trotz der platten Nase einen vorführerischen Eindruck. Die Hautfarbe ist schokoladenfarben. Die Männer zeigen sich alle wohlgenährt und neigen in beständiger Weise zur Korpulenz. Sie führen ein idyllisches Dasein, da sie es nicht nötig haben, irgend etwas zu tun, denn die Arbeit wird von den Frauen gern und freudig besorgt. Der Mann ist ja dort eine Seltenheit und wird deshalb mit liebevollster Aufmerksamkeit behandelt. Jeder seiner Wünsche wird erfüllt, ja, er sieht sich sogar der Mühe überhoben, sich beim Essen anzustrengen. Wenn die Mahlzeit bereit ist, nehmen die Frauen dem Gatten gegenüber Platz und weisern ihn zu füttern. Sie beginnen damit, die Lebensmittel gut zu zerkauen, spucken den Brei in die Hände, formen ihn zu kleinen Kugeln, die sie dann dem Herrn und Gebieter in den Mund stopfen. Der Herr Gemahl hat weiter nichts zu tun, als die vorgekaute Nahrung hinunterzuschlucken. Die gewöhnliche Beschäftigung der Männer besteht darin, sich von der Sonne beschneiden zu lassen, ihre einzige Mühe in der Erfüllung ihrer ehelichen Pflichten. Absonderlich aber sind vor allem die Umstände, unter denen sich eine Geburt vollzieht. Wenn für die Frau die schwere Stunde herangekommen ist, so legt sie einer der Männer neben sie ins Bett und erfüllt das Haus mit entsetzlichen Schreien; die Frau duldet schweigend, und der Geburtsakt vollzieht sich ohne jede Teilnahme und Hilfe. Der stöhnende Mann sieht dagegen sechs bis sieben Frauen um sich beschäftigt, die ihm liebevoll zureden und ihn mit erdendlicher Sorgfalt pflegen und verhätscheln. Am Abend meiner Ankunft waren alle Frauen des Inselchens um die königliche Bambushütte Michaels versammelt; sie trugen Jackeln, die ihre braune Haut hell beleuchteten. Ich hörte seltsame Gesänge, zwischen denen die Sängerrinnen fleißig dem heimischen Alkoholgetränk zusprachen. Als die Gesänge beendet waren, wandten sich alle Blicke auf den König Michael, neben dem ich einen Ehrenplatz erhalten hatte, und der mir ins Ohr flüsterte: „Jetzt ist der Augenblick der Hymne gekommen.“ Dann hob er einen Zweig, der ihm als Dirigentenstab diente, und gab damit das Zeichen zum Beginn eines neuen Gesanges, der sich als eine irländische alte Kirchenhymne entpuppte. „Sie sehen“, erklärte Michael, „ich bin auch in der Fremde ein guter Patriot geblieben.“ Ich blieb einige Tage auf der Insel, und meine Schiffsgefährten wären gern ganz hiergeblieben, wenn es ihnen der König Michael erlaubt hätte. Eines schönen Tages aber eröffnete er ihnen kurz und deutlich, daß sie sein Königreich verlassen müßten. Er hatte wohl die Absicht meiner Genossen ertaten und fürchtete für seinen Thron. Er sagte mir nämlich später: „Es wird in Zukunft nicht mehr geschehen, daß ein Sohn einer Frau Ihrer Rasse diesen Strand betritt. Täte er es trotzdem, so würde ich ihm mit eigenen Händen

einen großen Stein um den Hals binden und ihn ins Meer werfen.“

Wahbegierige Reisende seien deshalb gewarnt.“ Dieser König Michael, der von Haus aus Michael O'Shangnessa heißt, ist ein Irländer, der seinem waltenden Vati Königstitel und Thron zu verdanken hat. Vor dem Weltkrieg war er Beamter einer britischen Eisenbahngesellschaft. Nachdem er seiner Militärpflicht genügt hatte, trieb ihn sein abenteuerlicher Sinn in die Welt hinaus. Der Zufall oder sein guter Stern führte ihn zu der weltverlorenen Insel. Er fand wegen seiner stattlichen Gestalt und besonders wegen seines üppigen Bartwuchses bei der weiblichen Bevölkerung die herzlichste Aufnahme und wurde, als der eingeborene Herrscher das Zeilische segnete, einstimmig zum König gewählt.

Unsichtbare Bakterien. Die Kenntnis von der Ursache der ansteckenden Krankheiten war bis in die jüngste Zeit durch die mittels des Mikroskops und seiner besonderen Untersuchungsmethoden sichtbaren Bakterien begrenzt. Da diese aber nicht in allen Fällen eine befriedigende Erklärung zuließen, kam man zu der Annahme, daß es nicht sichtbare, durch bestimmte feine Filter hindurchgehende Keime von filtrierbaren Giftstoffen gibt. Nach den heutigen Anschauungen kommen letztere bei wichtigen epidemischen Krankheiten, z. B. bei Pocken, gelbem Fieber, Malaria, Scharlach, spinaler Kinderlähmung usw. in Betracht. Das Wesen dieser Giftstoffe kennt man heute noch nicht genau. Die Annahme, daß es sich möglicherweise um eine bestimmte Form eines bis jetzt nicht bekannten Lebenstyps handelt, darf durchaus nicht von der Hand gewiesen werden. Neuerdings macht der Amerikaner Iwori vom entwicklungsgeschichtlichen Standpunkt aus darauf aufmerksam, daß man schwerlich glauben könne, daß das Leben auf der Erde vom Bacterium oder von der Amöbe ausging, vielmehr müssen noch einfachere Formen vorausgegangen sein, die heute noch vorhanden sind und zu denen vielleicht die filtrierbaren Gifte gehören. Wegweisend war ja in dieser Hinsicht die Entdeckung des Bacteriophagen (Bakterienfresser) durch den Franzosen d'Hervelle. Dieser Bacteriophage vermehrte in Kulturen lebende Bakterien und wird von seinem Entdecker für einen auch mit den besten Hilfsmitteln nicht sichtbaren lebenden Organismus gehalten, während ihn andere Forscher als unbelebt bezeichnen und zu den Fermenten (Gärstoffen) rechnen. Dabei muß aber bedacht werden, daß gewisse niedere tierische und pflanzliche Lebewesen, zumindest zeitweise, die Möglichkeit haben, zu den allerniedrigsten Formen, eben diesen filtrierbaren, zurückzuführen.

Unter diesem Gesichtswinkel gewinnen aber bestimmte Einschlüsse in den Körperzellen, z. B. die rohrförmigen Körperchen bei der Hundswut, bei Pocken usw., eine neuartige Bedeutung: Sie wären eben dann dieser Giftstoff, umgeben von einem Mantel von Reaktionsprodukten.

Selbstfalls wird aber durch diese neuen Entdeckungen sich das zu bearbeitende Gebiet der ansteckenden Krankheiten ganz erheblich erweitern und wohl auch auf solche Krankheiten (z. B. Geschwülste und Stoffwechselstörungen) ausgedehnt werden müssen, die man bis jetzt noch nicht als infektiös ansieht. E. Schild.

Vulkan und Geyfir als Kraftwerke. Durch die Eruption der Vulkane verpuffen große Energiemassen nutzlos. Es scheint ausichtslos, diese unregelmäßig auftretenden Erscheinungen jemals industriell verwerten zu können. Degegen hat vor Jahren einmal ein phantasievoller amerikanischer Ingenieur Vorschläge ausgearbeitet, die periodisch wiederkehrenden Ausbrüche der Geyfire zu verwerten. Bisher hat man Vulkane und Geyfire lediglich zu geologischen Beobachtungen benutzt. Die Geophysiker wollen nun durch systematische Arbeit die Quellen dieser Energien erforschen, und es ist auch der Vorschlag gemacht worden, in der Nähe der Krater der auf Alaska befindlichen Vulkane Observatorien und Laboratorien zu errichten, die vor allem auch für die Erdbebenforschung und -vorhersage wichtige Dienste leisten sollen. Aber damit ist es keineswegs genug. Die Ausnutzung der Energien des Erdinnern steht in weiter Ferne. Aber das amerikanische Innenministerium glaubt, diese Naturkräfte auf andere Weise finanziell verwerten zu können. Es wird eine große Propaganda in der amerikanischen Touristenwelt getrieben, und für die gewaltigen Schönheiten der Vulkane und der Geyfire im Yellowstone-Park Stimmung gemacht. Nun wird man in den Enden von Alaska Luxushotels errichten, und bald wird sich ein Fremdenstrom in diese nördlichen Gegenden ergießen, der vielleicht daselbst Geld in diese Gegenden zurückbringt, das vor vielen Jahrzehnten die Goldgräber mühsam dem steinigem Boden entrisen haben.

Von der „notleidenden“ Industrie.

Die Leitungskosten der Wirtschaft. — Ein interessanter Prozeß.

Vor dem erweiterten Schöffengericht der kleinen bayerischen Unterstadt Erlangen spielte sich in den letzten Wochen ein Prozeß ab, der weit über das Weichbild dieser frommen protestantischen Theologenstadt hinaus Aufsehen erregte, weil er den Beweis erbrachte, daß zwischen dem heiligen Rauern doch auch recht viel Unheiliges blüht. Darüber hinaus sind die Einzelheiten, die dieser Prozeß zutage förderte, außerordentlich kennzeichnend für die Verschwendungswirtschaft, die in der Leitung eines großen Konzerns geübt wurde und die noch heute in zahlreichen anderen Unternehmungen trotz aller Klagen über die Krise fortgeführt wird, wenn man den Aussagen der Beschuldigten, der Verteidiger und der Zeugen Glauben schenken darf. Dadurch gewann die Gerichtsverhandlung eine große Bedeutung für die Beurteilung der Leitungskosten in der deutschen Wirtschaft, so daß es sich schon verlohnt, die wichtigsten Ergebnisse der Verhandlung einem weiteren Publikum von Interessenten, insbesondere aber der Arbeiterschaft bekannt zu geben.

Unter der Führung des früheren Generaldirektors der Elektromedizinischen Firma Reiniger, Gebbert u. Schall, des Ehrenbürgers der Stadt, Geh. Komm.-Rat und Dr. med. h. c. Karl Zigmann, kam ein großer Konzern (Inag-Industrie-Unternehmungen L. G.) zustande, der zu 75 Proz. die ärztliche Geräte herstellenden Firmen, insgesamt 49, umfaßte. Diese alleinstehende Persönlichkeit mußte sich, wie bekannt, wegen aktienrechtlicher Untreue vor dem Rabi verantworten.

Mitangeklagt waren der Baron v. Michel-Kaulino, bekannter Tabakindustrieller, Mitbesitzer des „Bamberger Tagblatts“, ferner der Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Berlichheimer, gegen den das Verfahren wegen schmerzlicher Extrantung abgetrennt wurde.

Bühnartig beleuchtete der 14 Tage dauernde Prozeß unter heutigem Wirtschaftsregime. Dr. Zigmann, dessen Stammsabrik rund 800 Arbeiter beschäftigte, verstand es hervorragend, seinen Aufsichtsrat nach seiner Weise tanzen zu lassen. Es gelang ihm durch sein brüskes Auftreten, von den Gesellschaften Reiniger, Gebbert u. Schall und Inag noch und nach solche Beträge herauszupressen, so daß der Konzern an den Rand des Abgrundes gebracht wurde. Als Retter sprang die Firma Siemens-Halske ein, der der große Konkurrent Reiniger, Gebbert u. Schall längst ein Dorn im Auge war. Zigmann gelang es, sein jährliches Einkommen auf 400 000 Goldmark zu steigern. Außerdem bezog er täglich von beiden Gesellschaften 375 Goldmark Reisepensen. Neben diesem Einkommen an Gehalt und sonstigen Vergütungen hat sich Zigmann in den Jahren 1921 bis 1924 außerdem noch außerordentlich hohe Vermögenswerte zu verschaffen gewußt. Der Aufsichtsrat genehmigte Zigmann die Mittel zu einem „einfachen Landhaus“ in Niederpöding. Aus diesem Landhaus wurde jedoch ein Schloss mit 23 Zimmern, darunter zwei großen Sälen, und ein eigenes Gärtnerhaus. Die Schreinerarbeiten im Werte von 145 000 Goldmark lieferte die Firma gratis. Außerdem bezahlte sie 20 000 Goldmark als Architektenhonorar. Heute repräsentiert dieses Schloss einen Wert von 700 000 Goldmark. Einer „Freundin“ ließ Z. aus einem Aktiengeschäft 116 221 M. zukommen. In nicht weniger als 17 Fällen mußte er den Aufsichtsrat zu bestimmen, ihm rund 722 000 M. gleichfalls im Zeitraum von vier Jahren zu schenken. Für eine Dienstwohnung in Erlangen bekam er 52 000 M. Aus einem Dispositionsfonds in Höhe von 250 000 Schweizer Franken, der ihm zur Finanzierung der Firma Schaefer-Bern überlassen wurde, verlor er Zigmann, sich 200 000 M. anzueignen. Bei diesen in Goldmark umgerechneten Beträgen ist zu berücksichtigen, daß sie in den Jahren 1921 bis 1923, gemessen an den Kosten der Lebenshaltung, rund das Zweifelhafte Dreifache der errechneten Goldmarkbeträge an Kaufkraft darstellten. Nach Beendigung der Inflation ließ Zigmann sich sein Gehalt, das ihm schon zweimal aufgewertet wurde, 1924 zum drittenmal, und zwar in Goldmark rückwirkend ab 1. Juni 1923, aufwerten. Zur Illustration sei angeführt, daß ein Arbeiter in jener Zeit der Inflation bei genannter Firma laut und schreibe eine Goldmark Wochenlohn verdiente. Zigmann ging nach weiter und half — zu seinem Vorteil — im Jahre 1923 die deutsche Währung zu zerstören. So hatte er in der größten Inflationszeit als Vorstand von Reiniger, Gebbert u. Schall eine Reihe von Beschlüssen im Gesamtbetrage von rund 366 000 Goldmark ausstellen und auf die Inag ziehen lassen. Der reine Zinsgewinn von rund 15 000 Goldmark und bei weiteren ähnlichen Geschäften im Betrage von rund 46 000 Goldmark stieß in seine eigene Tasche. Seine Handlungen wirkten noch besonders schädlich, weil sie sich mit der Finanzlage der Gesellschaften in jener Zeit nicht vertrugen. Die vordringlichsten Erweiterungsarbeiten bei der Stammsabrik in Erlangen, die seine meiste Ruh war, an der er die Entziehungsfuren vornahm, unterließen. Als einmal für eine Barade 23 000 M. benötigt wurden, verlagte Zigmann die Genehmigung. Einige Tage später jedoch kaufte er für 19 000 M. ein Luxusauto.

Der Mitangeklagte Freiherr v. Michel-Kaulino spielte in der Zeit von 1917 bis 1925 bei beiden Gesellschaften den Aufsichtsratsvorsitzenden und bezog für seine „aufreibende“ Tätigkeit in dieser Zeit jährlich 3200 M. Ihm liegt zur Last, teils gemeinschaftlich mit Dr. Zigmann und Dr. Berlichheimer sich auf Kosten und zum Nachteil der Gesellschaften unberechtigte Vermögensvorteile verschafft zu haben.

So ließ er sich Aktien im Werte von 53 000 M. schenken und schloß mit der Firma einen Beiratsvertrag ab, der ihm einen monatlichen Bureaupensenzuschuß von 600 M., ein den Gesellschaften gehörendes Automobil mit Chauffeur und außerdem auf die Dauer von zehn Jahren noch extra 57 000 M. jährliche Entschädigung sichern sollte. Ueber die Tätigkeit Kaulinos befragt, äußerte Zigmann, daß man Kaulino wegen seiner „guten Beziehungen, seiner schönen Figur und seines klingenden Namens“ manches verdanke.

Die Lüge all dessen, was der Prozeß aufwühlte, ist viel zu lang, um hier ausführlich gebracht werden zu können. Hervorzuheben sind nur noch die Bezüge derjenigen Herren Direktoren, die Zigmann befristeten. Diese „Reiniger“ des Konzerns haben während des Jahres 1923/24, also nach dem Ausscheiden Dr. Zigmanns, folgende Goldmarkgehälter einschließlich Tantiemen, Nachvergütungen, Umfapprämiën usw. erhalten:

Dr. Müller	94 000 M.
Dr. Schmer	86 500 M.
Kammerzienrat Riendorf	100 000 M.
Direktor Anderlahr annähernd	70 000 M.

Dr. Schmer, der frühere Syndikus des bayerischen Industriellenverbandes, befristete zwar im Verlaufe des Prozesses, er habe 1924 „nur“ 53 823 Goldmark bezogen; weitere Berechtigungen erfolgten nicht. Besonders erfuhr man nicht, was die Herren jeht, wo Reiniger, Gebbert u. Schall zum Siemens-Konzern gehört, verdienen, denn sie sind sogar ehrenwörtlich verpflichtet, davon nicht zu sprechen. Dem Oberregierungsrat Glaser, der zweieinhalb Jahre bei Reiniger, Gebbert u. Schall beschäftigt war, wurde, da er bei der Verschmelzung der Reiniger, Gebbert u. Schall mit Siemens ausschied, durch Vertrag die Summe von 450 000 M. zugewilligt, die im Zeitraum von zehn Jahren ratenweise ausbezahlt wird. Das verkündete Urteil lautete:

Dr. Zigmann erhält eine Gefängnisstrafe von neun Monaten und 200 000 Mark Geldstrafe, sowie Tragung der Kosten des Verfahrens; Kaulino wurde freigesprochen, teils wegen Nichtschuld, teils wegen nicht genügenden Nachweises einer Schuld.

„Ohne jeden Verdacht“, fügte die Urteilsbegründung hinzu, „geht Kaulino aus diesem Prozeß nicht hervor.“ Der Staatsanwalt hat jedoch gegen beide Urteile Berufung eingelegt, weil ihm das Urteil gegen Zigmann zu niedrig und der Freispruch Kaulinos ungerechtfertigt erscheint. In der Urteilsbegründung gegen Zigmann wird unter anderem hervorgehoben:

„Nicht minder schwer ist der moralische Schaden, den er durch sein Handeln der deutschen Wirtschaft zufügte, denn als den schwersten Schaden wird man . . . auch die Zerstörung des Glaubens an die Ehrlichkeit in deutschen Wirtschaftsleben betrachten müssen. An dieser Zerstörung hat der Angeklagte Dr. Z. kräftig mitgewirkt und er hat den Ruf der deutschen Wirtschaft . . . schwer geschädigt, denn schon regen sich Stimmen, die in dem trüben Bild, das dieser Prozeß enthüllt hat, eine typische Erscheinung aus der deutschen Großindustrie sehen wollen.“

Die meisten großen bürgerlichen Blätter, die recht zöghaft an die Erörterung dieses typischen Prozesses herangehen, bemühen sich lediglich auf Grund des Prozeßmaterials die Notwendigkeit der Reform des Aktienrechtes zu fordern und beteuern des langen und breiten, daß es sich hier um einen Einzelfall in der deutschen Wirtschaft handle. Aus den vielen interessanten Äußerungen während des Prozesses seien nur die folgenden hervorgehoben, die schlagend beweisen, daß der Fall Z. kein Einzelfall ist.

So äußerte Kaulino, der im Aufsichtsrat von 20 deutschen Gesellschaften sitzt und also um die deutsche Industrie fester Bescheid weiß, in bezug auf die hohen Gehälter Zigmanns: „Daß dieselben für den Leiter eines großen Konzerns nicht zu hoch waren, denn er senne Herren in ähnlicher Stellung, die im Frieden schon 800 000 Mark Einkommen hatten. Nach seiner Ansicht hat Dr. Zigmann nie zuviel bekommen.“ Der Verteidiger Kaulinos, Dr. Müller-Heinich meinte, „daß die Bezüge Kaulinos von jährlich 57 000 Mark für dessen Leistungen (siehe schöne Figur — v. K.) im Vergleiche zu Gehältern, wie sie in der Industrie bezahlt werden, nicht zu viel sind. Mit diesem Geld kann man kein großes Leben führen.“

Und der Zeuge Deufsch-Rehe, Direktor eines der größten deutschen Bankhäuser, der ebenfalls in vielen Aufsichtsräten sitzt, äußerte gelegentlich: „Bei allen anständigen Gesellschaften wird den Aufsichtsräten nach einer Sitzung ein Kuvert mit 1000 Mark Inhalt in die Hand gedrückt.“

Der Verteidiger Zigmanns, Dr. Gademann, der bekanntlich in die Aufsichtsräte des bayerischen Justizministers Gürtner verwickelt ist und der im Hitler-Prozeß als Verteidiger des völkischen Oberleitnants Kriebel und des damals mitangeklagten Stiefsohnes Lindendorfs, Berner, auftrat, betonte in seiner sehr schwachen Verteidigungsbrede, daß die „400 000 Mark Jahresgehalt Zigmanns nichts Außergewöhnliches waren, sondern sich im Rahmen des Üblichen hielten.“

Genügen diese Auslagen nicht, um zu beweisen, daß der Fall Zigmann nicht Einzelfall, sondern typisch ist.

Wenn der Prozeß Zigmann diese Erkenntnisse förderte und somit weitesten Kreisen zeigte, wie notwendig es ist, eine Wirtschaftsweise zu schaffen, die der Ausbeutung solcher Parasiten am Volkserker ein Ziel setzt, dann hat er nicht umsonst getan.

Export und Arbeitsmöglichkeit.

Eine der deutschen Industrien, deren Ausfuhr noch immer weit unter dem Friedensstand zurückbleibt, ist die Lederindustrie. Im Vergleich zum Jahre 1914 (fünf Monate) stellte sich für die ersten fünf Monate des laufenden Jahres die Ausfuhr an Tachnerwaren nach den wichtigsten Abnahmeländern wie folgt:

	1926	1914
	(in Doppelzentner)	
England	2885	5325
Niederlande	697	1018
Oesterreich und Ungarn	—	621
Schweiz	247	583
Belgien	—	576
Frankreich	—	313
Rußland, Türkei, Finnland, Australischer Bund	—	563
Italien	101	333

Eine kleine Besserung ist für die Ausfuhr nach Schweden und den Vereinigten Staaten eingetreten, und zwar verbesserte sich die Ausfuhr nach Schweden von 252 Doppel-

zentner vor dem Kriege auf 290 Doppelzentner in den ersten fünf Monaten des Jahres 1926 und die Ausfuhr nach Nordamerika von 169 auf 250 Doppelzentner. Für die Ausfuhr von Reifeledern und Handkoffern aus Leder ergibt sich ein ähnliches Bild. Da die Lederwaren- und Reifeartikelindustrie hochwertige Qualitäten und besonders Handarbeiten herstellt, bedeutet der Ausfall gerade im Export von Lederwaren für Deutschland eine empfindliche Einbuße an hochwertiger Arbeit. Das ist noch mehr der Fall, da ja in den Lederwaren auch noch eine hochwertige Metallverarbeitung steckt, so daß zugleich mit der Lederindustrie die Metallindustrie in Deutschland getroffen wird. Ohne Zweifel ist gerade diese Entwicklung, die eine Abdrängung von weiterverarbeitenden deutschen Waren vom Weltmarkt bedeutet, nicht ohne Folgen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland geblieben. Bekanntlich wachsen ja die Arbeitsmöglichkeiten mit dem Grad der Veralterung.

Allgemein führt man die Wendung immer noch auf den Krieg zurück, und zwar zum Teil mit Recht. Während des Krieges haben viele Länder eine eigene Lederwaren- und Reifeartikelindustrie künstlich großgezogen. Dabei spielt der Protektionismus auch eine Rolle, der das Absatzgebiet der neuen Industrie im Ausland gegen die Waren der deutschen Lederindustrie schützt. Andererseits macht sich gerade im Abfall von Luxuswaren die Tatsache geltend, daß eine allgemeine Berarmung in Europa eingetreten ist, wodurch der Markt an seiner früheren Kaufkraftfähigkeit verloren hat.

Sicherlich ist das Problem des Exportrückganges für deutsche veredelte Waren eins der wichtigsten, und es ist klar, daß alle möglichen Versuche gemacht werden, den Export wieder zu steigern. Vorbedingung dürfte aber wohl sein, daß der weiterverarbeitenden Industrie das Rohmaterial (Häute, Felle, Leder usw.) zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt wird. Der Glaube, auf Grund von Bindungen Höchstpreise behaupten zu können, zerstört jede Vorbedingung, der deutschen Industrie die alte Stellung auf dem Weltmarkt wieder zurückzugeben.

Eine neue Warenhausgründung, die nach amerikanischem Muster die besondere Pflege des Einheitspreis-Kaufhauses betreiben soll, ist unter Beteiligung des Rudolf-Karstadt-Konzerns unter dem Namen „Epa“, Einheitspreis-A.-G., mit 250 000 M. Aktienkapital gegründet worden. Das neue Unternehmen soll in besonders zu diesem Zweck bestimmten Räumlichkeiten, also nicht im Rahmen der bereits bestehenden Warenhäuser, den Verkauf von Waren zu Einheitspreisen vornehmen.

„Flieharbeit“ betreibt sich eine Sonderausstellung, die im Rahmen der technischen Messe in Köln (12. bis 17. September) veranstaltet wird. Die Ausstellung, die unter der technischen Leitung des Ausschusses für wirtschaftliche Fertigung beim Reichsinstitut für Wirtschaftlichkeit (Berlin) steht, soll durch praktische Darstellung von Flieharbeiten aus mehreren Industriezweigen einen Überblick über den Stand und die Möglichkeiten dieser Arbeitsweise geben. Eine Reihe großer Firmen, deren Betriebe nach den neuen Grundrissen der Rationalisierung eingerichtet sind, werden fließende Fertigung vorführen, bei der jedes einmal angefertigte Stück bis zur endgültigen Form zeitlich und örtlich fortlaufend fertiggestellt wird. Gezeigt wird z. B. das Zusammenlegen von Rotoren, Riffenverpackung, Membranfabrikation, die Anfertigung von Arbeiterkleidung, die Herstellung von Brölnen, das Abfüllen von Weinbrand bis zur versandfertigen Packung und anderes mehr. Mit der Sonderausstellung wird eine wissenschaftliche Tagung verbunden, auf der die technische und die betriebs- und volkswirtschaftliche Bedeutung der Flieharbeit behandelt werden soll.

Zur Lage des Hotelgeschäfts. Immer wieder wurde in den Generalversammlungen der Hotelbetriebs-A.-G., Conrad Uhls Hotel Bristol-Centralhotel gegen die Verwaltung der Vorwurf erhoben, daß sie gegen die Interessen der Aktionäre eine Theorienpolitik treibe, indem sie ihre Gewinne einbehalte, anstatt große Dividenden zu verteilen. Im letzten Jahre hat diese Politik ihre Früchte getragen. Das Jahr, das infolge der ungünstigen Wirtschaftslage auch für das Hotelgewerbe, nach Auskunft der Verwaltung, trotz der Hebung des Fremdenverkehrs schlecht war, erbrachte einen Reingewinn von 1 164 838 M. Hiervon erhalten die Aktionäre 7 Proz. und aus dem Reservefonds einen Bonus von 4,6 Proz. Wenn die Verwaltung die Vollzeitsunde für die ungünstige Lage des Beherbergungsgewerbes verantwortlich macht, ist doch daran zu erinnern, daß die Art, wie in der Inflationszeit die Fremden in Berlin behandelt wurden, sicherlich nicht dazu beigetragen hat, Berlins Ruf zu erhöhen und daß heute Berlin als Fremdenstadt immer noch darunter zu leiden hat. Hinzu kommt die Konkurrenz der Länder mit unterwertiger Valuta. Sie ziehen die Fremden an. Nach Deutschland kommen heute vorwiegend Fremde, die geschäftlich oder beruflich hier zu tun haben. Das wirkt natürlich auf die Ergebnisse des Hotelgeschäfts zurück.

Glend und Reichtum in Indien. In Indien soll jetzt die Goldwährung eingeführt werden, ein sehr wichtiges Ereignis angesichts der Tatsache, daß in diesem Lande seit Jahrhunderten die Silberwährung besteht. Zur Einführung der Goldwährung soll eine Notenbank errichtet und der Umtausch der Banknoten in Gold innerhalb fünf Jahren bewerkstelligt werden. Der Uebergang zur Goldwährung gibt zur Feststellung des Goldbedarfs Indiens Anlaß. Es wird darauf hingewiesen, daß das Jahreseinkommen für die indische Familie von etwa fünf Köpfen sich um etwa 120 bis 140 Goldmark im Jahre zu bewegen pflegt. In einem Lande, das mit derartig kleinem Verbrauch zu rechnen hat, wird die Goldmünze und die Goldnote im täglichen Verkehr nicht gebraucht werden, sondern nur im Verkehr des Großhandels. Auf der anderen Seite ist bekannt, daß Indien von Jahr zu Jahr ungeheure Goldmengen in das Land zieht. Die indische Zahlungsbilanz ist infolge der durch die Armut der Bevölkerung übermäßig großen Ausfuhr dauernd aktiv und erlaubt deshalb die Goldzufuhr. Im Jahre 1924 wurde Gold im Wert von 600 Millionen Mark, 1925 im Wert von 800 Millionen Mark nach Indien eingeführt. Diese Goldmengen dienen fast ausschließlich zur Aufspeicherung von Schätzen in Form von Schmuck und Goldgegenständen für die Reichen. Auch für die zur reichende Deckung der Banknoten befindet sich bereits mehr Gold als nötig im Lande. Für die Vereinigten Staaten und für das Britische Reich ist dieser Zustand sehr erwünscht. Letzteres als Goldproduzent, erstere als Besitzer ungeheurer Goldmengen sind beide stark daran interessiert, daß Indien weiter ein großer Abnehmer von Gold bleibt.

11 interessante Fragen

In unserem grossen Oldenkott-Rees Wettbewerb für Raucher setzen wir für die besten Antworten

75 000 Mark Preise

Verlangen Sie Bedingungen und Fragebogen bei Ihrem Händler oder direkt bei uns.

Oldenkott-Rees, Fabrikanten der Kiepenkerl, Madastra, Piet Hein Tabake.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Wohnung, Größel, Weidert Mitglieder der Jugendhilfe, Kurlow, am werden nur noch bis Mittwoch, 18. August, abends, im Jugendklub im Unter den Eichen, Eintrachtstraße 130 B.

Die Arbeitsgemeinschaft des Genossen Abraham (Dienstaggruppe) beginnt am Dienstag, 17. August, 7 1/2 Uhr, im Jugendklub Lindenstr. 3 eine auf etwa zwei Monate berechnete Behandlung des Themas: „Wirtschaftsgeschichte“. Hierin können interessierte Genossen und Genossinnen noch teilnehmen. — Die dreibrigade Dienstaggruppe faunnt bereits um 1/2 Uhr aufkommen.

Heute, Dienstag, den 17. August:

Gefundbrunnen: Gothenburger Str. 2. Vortrag: „Die deutsche Jugend“. — Wedding-Korb: Müllerstr. 48. Vortrag: „Jugendklub und Jugendrecht“. — Prenzlauer Postfach: Donalder Str. 28. Vortrag: „Arbeitsmethoden“. — Stra-

ßen-Wieser: Osterstraße 10. 9. 12. „Ranunzler-Kontrollen“. — Schöneberg 11: Hauptstr. 18. Vortrag: „Wahlrecht 1911-1918“. — Rosenthal 11: Vortrag: „Körperbildung“. — Rodfelde: Vortrag: „Wirtschaftliche Entwicklung“. — Wilmersdorf: Die Genossenschaft. — Hauptstr. 11. Vortrag: „Saund und Schmutz“. — Dönhofsplatz: Vortrag: „Saund und Schmutz“. — Hauptstr. 11. Vortrag: „Saund und Schmutz“. — Hauptstr. 11. Vortrag: „Saund und Schmutz“.

Arbeitsgemeinschaft entlassener Republikaner. Donnerstag, 19. August, 8 Uhr, in der Dönhofs-Rondell, Rammelsburger Str. 44. Öffentliche Sitzung des Arbeitsausschusses. Entlassene Republikaner aller Parteien willkommen.

Veranstaltung für Schul- und Erziehungsfragen. Berlin-Tempelhof. Freitag, 20. August, 8 Uhr. Versammlung im Zeichenhof der 6. Tempelhofer Gemeinde-schule, Wilmersdorf, 64. 2. Etz. Schulschulmeister Irma Schmidt. „Jugendklub und Jugendberatung“. Eintritt frei.

Erziehungs- und Fürsorgewerks für geistig zurückgebliebene (Schwachsinige) Kinder. Montag, 23. August, 9 1/2 Uhr, im Saal 100 des Rathauses (Eingang Südenstraße), außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung u. a.: Der 3. Rangsch für Heilpädagogik. Berichterstatter: Rektor Griesel.

Manhattanklub „Sters“ (Mittag, 3. 2. 2. 2. 2.). Mittwoch, 18. August, 8 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung bei Schulze, Embener Str. 23. Cafe Siemensstraße. Vorkonferenz 1/2 Stunde vorher im gleichen Lokal.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Rundfunkklub „Senats 1907“. Dienstag, 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Ruhstern“, Rosenthaler Str. 12. Damen und Herren als Zuhörer willkommen.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
8 U.; Die Bohème
Schauspielhaus
Geschlossen
Schiller-Theater
Geschlossen

Deutsches Theater
Norden 10334-35
Vorletzte Woche!
Max Adalbert
in
Das Skeel
Sommerpreise

Die Komödie
Bismarck 2414, 2516
8 1/2 Uhr
Die fleißige Leserin
Preise 2, 4, 6 Mk.

Berlin-F-Theater
8 1/2 Uhr; Donner-
weiter, ganz famos

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr
Das goldene Halb
Mart n Kettner

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr;
Asia
Nielsen
Rita Cavallini

SOLO
Lützow 767
Täglich 8 Uhr;
Singers
Midgerts
Revue u.
„Toto“

Theater des Westens
Lützow 531
Täglich 8 Uhr;
Die Revue
Der Zug nach
dem Westen

Komische Oper
8 1/2 Dir. James Klein 8 1/2
Die große Revue
Berlin ohne Hemd!
Allabendlich 9 30 Uhr
Die sensationelle Einlage:
Satans Brautnacht!
Über 200 Mitwirkende!

Wieder zu haben!

43

FRIEDENSQUALITÄT & STARKES FORMAT

MANOLI Dandy ZIGARETTEN

Junge Frau, wasche Deine Wäsche!

Gefährde nicht Gewebe und Farben durch schlechte Waschpulver oder Seifen. Sunlicht Seife ist reine Seife, ihr reicher milder Schaum löst schnell allen Schmutz, schont die Wäsche und gibt ihr köstlichen Duft.

SUNLICHT SEIFE

Winter Garten
Glänzender Eröffnungs-Spielplan!
U. a.
Enrico Basselli — Otto Reutter
Friedenspreise! — Rauchen gestattet
Es empfiehlt sich, rechtzeitig
Billette zu lösen!

Rose-Theater
8 1/2 Uhr;
Olaf, Tragödie
eines Sportlers
Gartenbühne:
3 Uhr: Konzert
und Quartett
8 U.: Die Rennbahn

Trabrennen Ruhleben
Dienstag, d. 17. August
nachmittags 3 Uhr

Besonders
wirksam sind
die KLEINEN
ANZEIGEN im
„Vorwärts“
und trotzdem
billig!

Luna Park
Erwachsene 50 Pts.
Brilliant-Feuerwerk
Kinder 30 Pts.

Haupt- u. Schlussziehung
unwiderruflich 26.-31. August

Kampfspiel-Lotterie

30 640 Gewinne und 3 Prämien im Werte von Mark

412 000
Höchster Gewinn auf ein Doppeltos im Werte von Mark

200 000
Höchster Gewinn auf ein Einzelos im Werte von Mark

100 000
2 Haupt-
2 in Wert
von je
Mark

60 000
2 Prämien
im Wert
von je
Mark

40 000

Einzelos M. 1.— Doppeltos M. 2.—
Porto und Liste 30 Pf. extra.

H.C. Kröger A.-G., Berlin W 8
Friedrichstraße 102-103 an der Leipziger Str.
Postcheckkonto Berlin 215

Dresdner Bank

Außerordentliche Generalversammlung.

Hiermit werden die Aktionäre zu einer außerordentlichen Generalversammlung, die Dienstag, d. 7. September 1926, mittags 12 Uhr, im Bankgebäude Dresden, Johannstraße 3, stattfinden wird, eingeladen.

TAGESORDNUNG:

1. Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals von nom. RM 75 000 000.— um nom. RM 22 000 000.— auf nom. RM 100 000 000.— durch Ausgabe von 20 000 Stück neuen Aktien im Nennwert von je RM 100.— und 10 000 Stück neuen Aktien im Nennwert von je RM 1000.— welche sämtlich auf den Inhaber lauten und für das Geschäftsjahr 1926 zur Hälfte gewinnanteilsberechtigend sein sollen. Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre Festsetzung des Mindestkurses und der Bedingungen für die Begebung der neuen Aktien.
2. Beschlußfassung über die Aenderung des § 4 der Satzungen (Höhe und Zerlegung des Grundkapitals).
3. Beschlußfassung über die Aenderung des § 19 der Satzungen (Streichen der Bestimmung über die Tragung der Aufsichtsratssteuer).
4. Beschlußfassung über die Aenderung des § 21 der Satzungen (Erleichterung der Hinterlegungsbestimmungen).
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, welche bis zum 1. September ihre Aktien bzw. Anteilscheine oder eine Bescheinigung über bei einem deutschen Notar bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegte Aktien bzw. Anteilscheine bei einer der nachverzeichneten Stellen hinterlegt haben:

- bei der Dresdner Bank in Dresden und Berlin sowie ihren übrigen Niederlassungen,
- bei dem Bankhaus Simon Hirschland in Essen,
- bei dem Bankhaus L. & B. Wertheimber in Frankfurt a. M.,
- bei dem Bankhaus A. Levy in Köln,
- bei dem Bankhaus F. A. Neuhäuser in Magdeburg und Hamburg,
- bei der Oldenburgischen Landesbank in Oldenburg,
- bei der Mecklenburgischen Bank in Schwerin i. M.,
- bei der Neuvorpommerschen Spar- und Creditbank Aktien-Gesellschaft in Stralsund,
- bei den Herren Probst & Gutmann in Amsterdam.

Zur Teilnahme sind auch die Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien in gleicher Weise

- bei der Bank des Berliner Kassenvereins in Berlin,
- bei dem Dresdner Kassen-Verein A.-G. in Dresden,
- bei dem Rheinisch-Westfälischen Kassen-Verein A.-G. in Essen-Ruhr,
- bei der Frankfurter Bank in Frankfurt a. M.,
- bei dem Kölner Kassen-Verein A.-G. in Köln

hinterlegt haben.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsmäßig erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei anderen Bankfirmen bis zur Beendigung der Generalversammlung in Sperredepot gehalten werden.

Dresden, den 14. August 1926

Der Vorstand
Nathan Gutmann

Möbel
Rübel-Beckel, Orenienstr. 58 (Morisplatz), Möbel- und Polsterfabrik. Neueste und billigste Preise für einfache und elegante Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Büden, Bücherstänke, Schreibtische, Büretts, Anrichte, junge Tisch- und Stühle, Sofas, Kuchentische, alle Größen, Sofas, Kuchentische, eventuell Rohmateriallieferung.

Musikinstrumente
Violen preiswert, Klaviermacher Eim. Brunnenstraße 55.

Fahrräder
Niefenmacher in gebräuchlichen Modellen von 150.— an. Ein Besuch lohnt sich wirklich. Nur bei Weiß, Große Frankfurterstraße 30/31.

Kaufgesuche
Rahngelüste, Silberfäden, Sinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze, Chromat, Kobaltessigsäure 26 (Kühlfahrstraße).

Unterricht
Technische Vorlesung Dr. Werner, Heilmann-Schmeller, Berlin, Knechtelstraße 3, Hochhausbau, Elektrische, Bauwesen, Abendlerngänge, Tageslehrgänge.

Verschiedenes
Beb Kubow, Haus Quifens, Schenke empfohlen, Zimmer mit Verkleidung von 4,50 Mark an. C. Holz.

Geldverkehr
Einlagen über fünf Pfundsterlins Dank, Morisplatz, Klingschers, Gegr. 1893.

Reichshallen-Theater
Sittlicher Sänger
Singen: „Singende Blume“
Waldglocken von Meyse
Anf. 8 Uhr. Park 1.20-1.70 Log. 2 Mk.
Sonntag 29. 8. Erste
Nachmittags-Vorstellung zu halben Preisen!
Dönhofs-Platz, Saal und Garten:
Variété — Konzert — Tanz

Deutsches Kunst-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr
Der Nobelpreis
Künstler: Hermann
T. a. Kurtstendamm
Täglich 8 Uhr
Yvonne
Hader v. Heilmann
Kühn, Hugo Hirsch

Elite-Sänger
Kottbuser Str. 6
8 1/2 U. & 10 U. 8 Uhr
Singspiel
die
Magdeburger
Elite-Sänger
mit
dem
Program
II a. D. Sopranist
mit
Soprano
Solisten
Sommerpreise!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Vertrauensleute! Achtung!
Am Donnerstag, den 19. August, finden in den bekannten Lokalen die Branchenvertrauensmännerkonferenzen statt.
Die Vertrauensmännerkonferenzen der unterschiedlichen Branchen, der Glasarbeiter und Steinmetzen, der Schweißarbeiter und der Werkzeugmacher (allen in diesem Sinne) etc.
Die Vertrauensmännerkonferenz der Schmiedebetriebe findet eine Woche später statt.

Mieten Sie von uns

in 6 Monaten Ihre Eigentum

Man verlange Sonderprospekt!

P. Raddatz & Co
Berlin W 66
Leipzigerstraße 122/123

Beleuchtung jeder Art
Körper jeder Art
Schränke
Wasch-Tische
Staub-Sauger
Gehende
Kocher
Back- u. Brot-Backen
Wärmer

LJUERGENS
ALEXANDER PLATZ
Joh. Franz
Baukunst

Verkäufe
Bitterwäner, Schlauchwagen, Schubkarren, Einzelräder, Wägen, Federn, Stühle, Dresdenerstraße 15, Morisplatz 12738.
Kopfteile, Simonsbäden, Kirschbäden, Bettvorleger, Kofferhülle, verschiedene Zusätze, extra billige Gefäßarbeiten, Kisten, Totenamertrische 100.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Bekleidungsstücke, Herrenoberbekleidungsstücke für Herren, Damen, Kleider, Hemden, etc., Morisplatz 25/26 und Morisplatz 26.

Achtung! Achtung!
Alte Exemplare des Vorwärts vom 29. Juli 1914 bis 5. August 1914 zu kaufen gesucht.
Desgleichen Berliner Tageblatt Germania und andere.
Off. u. L. 27 Hauptexp. d. Vorwärts